

ruprecht

HEIDELBERGER STUDIERENDENZEITUNG

Dezember 2010 – Nr. 129

UNABHÄNGIG • UNBESTECHLICH • UNEINSPARBAR

www.ruprecht.de



Justinus Kerner ist der Mittelpunkt der Welt. In letzter Zeit werde ich mir dieser Tatsache zunehmend sicher. Als vor zwei Jahren mein Dozent fragte, ob sich seine Zuhörer noch an den berühmten Klecksographen Justinus Kerner erinnerten, nahm ich ihn nicht ernst. Ein Klecksograph ist nämlich jemand, der hauptberuflich Kleckse auf Papier macht und damit von Natur aus nicht in der Lage, berühmt zu werden. Da die Frage in ihrer Absurdität jedoch sehr einprägsam war, wurde sie für mich und meine Freunde zum Running Gag der folgenden vier Semester.

Deswegen war mir der Name durchaus ein Begriff, als ich letzte Woche Heines „Atta Troll: Ein Sommernachtstraum“ las. Und darin über Justinus Kerner stolperte. Sofort berichtete ich meinen Freunden von dieser unglaublichen Entdeckung. In unserem Eifer recherchierten wir ein wenig und fanden heraus, dass man als Klecksograph immerhin berühmt genug werden kann, um namensgebend für eine Rebsorte zu sein. Keine zwei Tage später hörte ich den Namen Justinus Kerner erneut – diesmal allerdings in meinem Kafka-Seminar! Wie sich herausstellte, war er nicht nur Klecksograph und – ganz nebenbei – Hobbymediziner, sondern auch Verfasser von Kafkas Lieblingsgedicht. Von dieser unnatürlichen Häufung Justinus Kerners in meinem Alltag zutiefst aufgewühlt, beschloss ich, ihm meine Abschlussarbeit zu widmen. Wenn ich jetzt meine Freunde treffe, diskutieren wir bei einem Glas Kerner angeregt über die unterschätzte Rolle unseres Lieblingsklecksographen in der Weltgeschichte. (len)



Linie 32 auf der Kippe

Kürzungen am Heidelberger Liniennetz

Am Heidelberger Liniennetz wird nun gespart. Die Transport-Technologie-Consult GmbH (TTK) stellte am 24. November ein von der Heidelberger Straßen- und Bergbahn (HSB) in Auftrag gegebenes Gutachten vor, das die Streichung mehrerer Buslinien vorsieht.

Wenn es nach dem Planungs- und Beratungsunternehmen TTK und ihrem Geschäftsführer Udo Sparmann gehen soll, wird es die Linien 30 und 32 in einem halben Jahr nicht mehr geben. Andere Strecken wie die Linie 29 sollen gekürzt werden.

Da die HSB in den kommenden Jahren rund 30 Millionen Euro Verluste pro Jahr erwirtschaften wird, sollen vor allem Buslinien, die parallel zu Straßenbahnen verkehren, wegen ihrer geringen Auslastung wegfallen. Dies sei laut Sparmann unter anderem bei der Buslinie 32 nötig, da diese in Berg-

heim parallel zur Schiene fahre und zwischen dem Bismarckplatz und dem Universitätsplatz parallel zur 31 verkehre.

Damit fehlt künftig die Direktverbindung zwischen dem Neuenheimer Feld, dem Campus Bergheim und der Neuen Uni. Dafür soll die Linie 31 ab dem Neuenheimer Feld zum Hauptbahnhof verlängert werden, dort jedoch enden. Außerdem wird so der Takt zwischen Bismarckplatz und Uniplatz von fünf auf zehn Minuten reduziert.

Bedenken gegen eine solche Kürzung teilt Sparmann jedoch nicht, obwohl das Fahrgastaufkommen

vor den Vorlesungen am Vormittag besonders hoch ist. Er bezeichnet die Beobachtung, dass die Busse überfüllt seien, als subjektiv. Einzelne volle Busse zwischen Bismarckplatz und Universitätsplatz führt der Verkehrsingenieur auf die Studenten zurück, die alle mit demselben Bus fahren wollten, weshalb sie den nächsten dann leer ließen.

Das TTK-Gutachten stellt fest, dass die Linien 31 und 32 ab dem Universitätsplatz durchschnittlich nur zu knapp 33 Prozent ausgelastet seien.

Ein Stadtrat schlug statt der Streichung der 32 vor, nachmittags auf beiden Linien normale Busse anstatt Gelenkbusse zu verwenden. Sein Vorschlag blieb unbeachtet. (rdf)

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

Mitentscheider

Sollen Bürger auch an Haushaltsentscheidungen beteiligt sein? Im Pro/Contra diskutieren zwei Heidelberger Stadträtinnen. Seite 2

Mittäter

Der Historiker Eckart Conze spricht im *ruprecht*-Interview über die NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes. Seite 3

Mitbestimmer

Der RCDS entwickelt das Studentenparlament, ein Gegenmodell zum Studierendenrat der FSK. Seite 5

Mitstreiter

Auch im Vereinigten Königreich gehen die Studenten wegen Gebühren auf die Straße. Unsere *ruprecht*-Redakteure waren vor Ort. Seite 6

Mitfahrer

Die Steuer auf die Zweitwohnung kommt nun auch für Studenten. Aber dafür spendiert die Stadt auch ein Semesterticket. Seite 7

Mitläufer

Nanotechnologie wird als Zukunft gefeiert, Gentechnik hingegen angefeindet. Dabei kann „Gen“ als „Nano“ verkauft werden. Seite 8

Mitbezahler

Martin Selmayr, Mitarbeiter der Europäischen Kommission, spricht über die Zukunft der Währungsunion. Seite 9

Mitkämpfer

Wilhelm Tell dient wieder einmal als Identifikationsfigur der Eidgenossen und soll als Oper Tradition und Moderne verbinden. Seite 11

Zahl des Monats

bis zu 9000 £
Studiengebühren

(circa 10600 Euro) sollen
Englands Universitäten bald
pro Jahr verlangen dürfen

(siehe Artikel S. 6)

Millionendefizit im Haushalt

Nach aktueller Planung wäre Heidelbergs Sparbuch in zwei Jahren leer

Heidelberg muss den Gürtel enger schnallen. Der Stadt fehlen 107 Millionen Euro bei der Haushaltsplanung für die Jahre 2011/12. Nun soll gespart werden. Aber wo?

In groben Zügen stellten Oberbürgermeister Eckart Würzner und Stadtkämmerer Jürgen Heiß am 12. November einen ersten Entwurf zur Einsparung der fehlenden Gelder vor. Geplant ist ein Finanzausgleich in drei Bereichen. 19,2 Millionen Euro sollen zunächst verwaltungsintern eingespart werden. Ein

Drittel der Summe betrifft Personalkosten: 40 Stellen will man im Rathaus streichen.

Weitere 16,2 Millionen Euro plant der Oberbürgermeister durch strukturelle Maßnahmen zur Konsolidierung einzusparen. Einerseits durch Ausgabenkürzungen, andererseits müssen Heidelbergs Bürger mit Erhöhungen von Abgaben rechnen. „Derzeit ist die Anhebung der Grund- oder Vergnügungssteuer geplant. Aber auch Bestattungs- und andere Benutzungsgebühren,

unter anderem für die Recyclinghöfe, müssen angepasst werden. Zudem ist zu prüfen, in welchem Umfang freiwillige Leistungen der Kommune noch gewährt werden können“, so Stadtkämmerer Jürgen Heiß. Als eine erste Maßnahme hat der Gemeinderat bereits beschlossen, die Zweitwohnungssteuer auch für Studenten einzuführen (siehe Seite 7). Zehn Prozent sollen im Kulturbereich eingespart werden. Dies entspricht einem Betrag von etwa 250 000 Euro. Der Stadt

liegen jedoch bereits Erhöhungsanträge von zusammengerechnet rund 220 000 Euro vor, eingereicht von kulturellen Einrichtungen die bislang gefördert wurden.

Zuletzt sollen die 71,6 Millionen Euro Rücklagen, die als Überschüsse aus guten Ergebnissen der letzten Haushaltsjahre erwirtschaftet wurden, aufgebraucht werden. Damit wäre das Sparbuch der Stadt in zwei Jahren leer. (tin)

Fortsetzung auf Seite 2

Gemeinderat oder Bürgerschaft

Sollten die Heidelberger Bürger den Stadthaushalt mitgestalten?

Heidelberg braucht einen Haushalt. Das Problem: Heidelberg hat zu wenig Geld. Wenn sich die Finanzkrise wie erwartet bald auch hier bemerkbar macht, könnten über 100

Millionen Euro in der Stadtkasse fehlen. Wie der Doppelhaushalt 2011/2012 unter diesen Umständen aussehen soll, darüber wurden die Bürger jetzt erstmals schon im Vorfeld

informiert. Nach wie vor entscheidet aber der Gemeinderat. Die Grünen fordern deshalb: mehr echte Bürger-Mitbestimmung, auch beim Haushalt. (bat)

JA Claudia Hollinger
Heidelberger Stadträtin
Bündnis 90/Die Grünen



Fotos: privat

Ja – wir brauchen einen Bürgerhaushalt und andere Formen der Beteiligung, wenn wir darunter verstehen, dass wir die Menschen in dieser Stadt tatsächlich beteiligen wollen und nicht nur eine schicke Verpackung dafür suchen, den Menschen zu erklären, was das Beste für sie ist. Wenn das Geld knapp ist – und das ist es meistens und zurzeit aufgrund der wirtschaftlichen Lage besonders – müssen wir entscheiden, was notwendig, was „nice to have“ und was „Luxus“ ist. Und nur, wenn wir diese Fragen in einem offenen Dialog miteinander erörtern, macht das Zusammenleben Spaß.

Klar: erstmal wurden die Stadträte von den Bürgern und Bürgerinnen gewählt, um diese Entscheidungen verantwortungsvoll zu treffen. Die spannende Frage ist: wie treffen wir diese Entscheidung? Am besten mit den Menschen gemeinsam, die hier leben und betroffen sind oder besser gesagt, im Dialog mit ihnen.

Bürgerbeteiligung stellt Entscheidungen auf breitere Fundamente, es werden unterschiedliche Blickwinkel und Interessen berücksichtigt und „schwarze Flecken“, also Dinge, die man eben nicht sieht, verhindert oder zumindest verringert. Wie die Beteiligungsformen so ganz konkret aussehen werden, wissen wir auch noch nicht. Um das herauszufinden, müssen wir verschiedene Formen ausprobieren. Da wird das eine funktionieren und das andere nicht.

In Tübingen hat der Gemeinderat die Bürger mit einem Fragebogen befragen lassen. Nun liegen die Ergebnisse vor, einige sind erwartbar, andere aber nicht. Jetzt können die politisch Handelnden überlegen, wie sie mit den Ergebnissen umgehen. Ich sehe darin eine große Chance! Ich kann und ich muss nicht alles alleine entscheiden, sondern bekomme Unterstützung. Ein Abwägen in der Sache muss es dabei immer geben. Bei direkten

Formen wie einem Bürgerentscheid können die Bürger selbst entscheiden – müssen es aber auch. Auch wenn sie sich natürlich enthalten können, was aber wieder eine Entscheidung ist. Wenn ich die Abwehr erlebe, die sich gegen Beteiligungsformen breit macht, frage ich mich: Woher kommt die Angst der Entscheider vor dem Volk? Ich kann es mir nur so erklären, dass man sich vor dem Ungewohnten fürchtet oder keine Lust auf die Arbeit und die Reflexion hat, die dann nötig wird.

Es wird zweifellos schwieriger, eigene Interessen und die seiner Klientel zum Maßstab zu machen. Und es wird nicht jedem gefallen, dass mit der Bürgerbeteiligung auch eine ganz neue Form der Transparenz einhergehen wird. Entscheidungsprozesse werden deutlich transparenter. Denn wenn ich beteiligen lassen will, müssen die Entscheidungen und die Entscheidungsverantwortlichkeiten immer klar sein. Und da wird es dann öfter mal schwierig.

Was ist der „Bürgerhaushalt“?

Bei einem Bürgerhaushalt dürfen die Einwohner über einen Teil des Haushalts selbst entscheiden. Grundsätzlich geht es dabei immer nur um Geld, das investiert werden kann: zum Beispiel in Parkanlagen, Verkehrskreisel, oder einen neuen Tunnel.

Das Modell sieht vor, dass sich die Bürger selbstständig einigen, wofür Geld ausgegeben wird; zum Beispiel in Diskussionsrunden oder im Internet. Wirklich entscheiden können die Bürger in Deutschland aber nicht. Nur der demokratisch legitimierte Gemeinde- oder Stadtrat kann einen Haushalt beschließen. Bürgerhaushalte in Deutschland sind also eigentlich keine echten Entscheidungen, sondern nur unverbindliche Vorschläge.

Entstanden ist das Modell „Bürgerhaushalt“ in den 1980er Jahren in der brasilianischen Stadt Porto Alegre. Auch in Deutschland wurde es bereits in mehreren Städten erprobt, zum Beispiel in Essen, Köln und Freiburg. In Tübingen wurden im Oktober über 1000 Bürger befragt, wie die Stadt ihren Haushalt konsolidieren soll. (bat)

NEIN Ursula Lorenz
Heidelberger Stadträtin
Freie Wähler



Grundsätzlich ist jeder städtische Haushalt ein Haushalt für die Bürger unserer Stadt. Der Oberbürgermeister erarbeitet mit der Verwaltung die groben Vorgaben für den Haushalt in Kenntnis der erwarteten zur Verfügung stehenden Mittel und der Ziele der weiteren Entwicklung der Stadt. Der größte Teil der Finanzmittel ist von vornherein durch gesetzliche Vorgaben festgelegt: zum Beispiel Gehälter, Gebäudeunterhalt, Schulen und anderes. Wir sprechen also über einen Teilhaushalt, bei dem es Spielraum für Schwerpunkte aus der Politik gibt. Das sind die freiwilligen Leistungen. Hier haben schon immer die Bürger in vielen Einzelgesprächen die Belange beispielsweise der Vereine, der Kulturtreibenden oder der Sozialeinrichtungen an die Fraktionen eingebracht. Die Parteien und Gruppierungen haben danach Schwerpunkte gesetzt. Das ist nach meinem Verständnis Bürgerbeteiligung, das Ergebnis ein Bürgerhaushalt.

Mit der Veranstaltung am 12. November zur Information über den Haushalt 2011/12 ist erstmalig die Möglichkeit einer frühen Bürgerinformation angeboten worden. Von mehr als 100000 wahl-

berechtigten Bürgern waren höchstens 150 gekommen. Diese magere Beteiligung zeigt, dass offenbar die Vertreter der Bürgerbeteiligung fordernden Parteien die Wünsche der Bevölkerung überschätzen.

Bürgerentscheidungen sind ein Instrument der unmittelbaren Bürgerbeteiligung. Sie setzen jedoch eine umfassende und sachliche Information und Diskussion im Vorfeld voraus. Die Beteiligung sollte von Beginn an stattfinden. Leider wachen die Bürger erst unmittelbar vor der Umsetzung geplanter Projekte auf. Sie lassen sich dann auch leichter instrumentalisieren. Die meisten Bürgerentscheide waren bisher gegen Projekte, nicht für solche gerichtet. Das ist für langfristige Zukunftsprojekte nicht förderlich.

Der städtische Haushalt ist das komplizierteste aller Projekte, über die der Gemeinderat entscheiden muss. Wir haben über tausend Einzelposten zu bearbeiten und ihre Notwendigkeit abzuwägen. Der Haushalt 2009/10 bringt ganze zwei Kilo Papier auf die Waage! Er wird von uns mehrfach durchgearbeitet. Zusatzanträge sollten nur mit Gegenanschlag der Einsparmöglichkeiten an anderen Positionen eingebracht werden. Damit ist auch der interessierte Bürger in meinen Augen überfordert.

Nicht zuletzt: wir haben die repräsentative Demokratie. Entscheiden können nur gewählte Repräsentanten, sprich Gemeinderäte. Die Gemeindeordnung kann nicht durch Wunschdenken außer Kraft gesetzt werden. Die interessierten Bürger können nur über den Weg der Kommunikation mit ihren gewählten Vertretern am Haushalt mitwirken. Direkte Mitentscheidung ist nicht möglich und aus den oben ausgeführten Gründen auch nicht sinnvoll.

Folgen der Wirtschaftskrise erreichen Stadt

Fortsetzung von Seite 1: Millionendefizit im Haushalt

Im Zwei-Jahres-Rhythmus verabschiedet der Gemeinderat einen Doppelhaushalt, um die finanzielle Planung der Stadt festzulegen. In Jahren mit entspannter Finanzlage erfolgt die Vorstellung des Planes durch den Oberbürgermeister und seinen Kämmerer im Oktober. Aufgrund der schwierigen Lage wird der Entwurf in diesem Jahr jedoch erst am 21. Dezember 2010 in den Gemeinderat eingebracht. In seiner endgültigen Form wird der Haushaltsplan 2011/2012 am 17. März 2011 verabschiedet werden können.

Fragt man im Gemeinderat nach Gründen für das Defizit von 107 Millionen Euro, so sind sich die Fraktionen einig: Man habe „solide“ gewirtschaftet in den vergangenen Jahren. Der Fehlbetrag ergebe sich aus geringeren Zuweisungen von Bund und Land. Mit anderen Worten: Die Folgen der Wirtschaftskrise seien in Heidelberg angekommen. Denn aufgrund der schlechten Wirtschafts- und Finanzlage werden nun Bundes- und Landeszusweisungen an die Kommunen sukzessive reduziert. Für Heidelberg bedeutet dies kon-

kret, dass in den nächsten Jahren statt der geplanten rund 1000 Euro pro Einwohner lediglich rund 850 Euro ins Stadtsäckel fließen werden. Zurzeit hat die Stadt eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1074 Euro. Im Landesvergleich sei dies einer der niedrigsten Werte, ein Hinweis darauf, wie gut man in den vergangenen Jahren gewirtschaftet habe. In welcher Höhe sich der nun bundesweit einsetzende wirtschaftliche Aufschwung bemerkbar machen wird, sei noch nicht abzusehen. Man rechne allerdings frühestens ab dem Jahr 2013 damit.

Gegenwärtig gilt es daher, Wege zu finden um den Fehlbetrag kompensieren zu können. Eine ausgeglichene Finanzplanung muss das wichtigste Ziel im Gemeinderat sein: nur so kann Heidelberg als Stadt handlungsfähig bleiben. Denn jeder Haushaltsplan muss dem zuständigen Regierungspräsidium zur Abstimmung vorgelegt werden. Sollte Heidelbergs Finanzplanung abgewiesen werden, würde die Behörde einen Großteil der Entscheidungen übernehmen. Der Gemeinderat hätte damit sein Mitbestimmungsrecht verloren. (tin)

Fehlerteufel

Bei der Zahl des Monats ist uns in der vergangenen Ausgabe ein Fehler unterlaufen: Nach der ZEITLast Studie der Uni Hamburg beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit von Bachelor-Studenten inklusive Selbststudium und Nebenjob nicht 26 Stunden pro Monat, sondern pro Woche.

Danke an alle Klugscheißer!

Kein Hort des Widerstands

Eckart Conze über die NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes

Eckart Conze, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Marburg, ist Mitglied der Unabhängigen Historikerkommission, die den Bericht „Das Amt und die Vergangenheit: Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“ veröffentlichte.

Das Gespräch führte Jenny Genzmer

Konrad Adenauer wird oft der Satz in den Mund gelegt: „Ich schützte kein dreckiges Wasser weg, wenn ich kein sauberes habe.“ Hatte er legitime Gründe, vorbelastete Beamte wieder in das Auswärtige Amt aufzunehmen?

Es gab natürlich Handlungszwänge. Aber es hätte auch Möglichkeiten gegeben, anderes Personal zu rekrutieren. Adenauer selbst hatte ja zunächst die feste Absicht, gerade nicht das alte Personal wieder einzustellen, weil er genau wusste, um wen es sich handelte.

Die Äußerung Adenauers über das „schmutzige Wasser“ spiegelt bereits eine spätere Entwicklung wider und verweist auf den Einfluss, den die

alten Eliten in der Bundesrepublik wenige Jahre nach 1949 wieder gewonnen hatten. Das gilt im übrigen nicht nur für den diplomatischen Dienst. In vielen Bereichen war man der Ansicht, auf die Kompetenzen, die Expertise und die Erfahrungen der alten Eliten angewiesen zu sein. Das ist ein Grund für die hohe personelle Kontinuität im Auswärtigen Amt.

Ist das eine Entschuldigung?

Es geht nicht um Entschuldigungen. Der Historiker sucht nach Erklärungen, nach Gründen für die personelle Kontinuität und die hohen Positionen, die zum Teil schwer belastetes NS-Personal im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik inne hatten.

Ihre These ist „Das Auswärtige Amt hat sich an den NS-Verbrechen mit schuldig gemacht.“ Wie ist das zu verstehen?

Das Auswärtige Amt war an der verbrecherischen Politik des Nationalsozialismus beteiligt, und zwar vom 30. Januar 1933 an. Diese Beteiligung war aber nicht nur ein passives Mitvollziehen, sondern immer wieder auch ein Aktiv-Werden, nicht selten ein Initiativ-Werden. In diesem Sinne waren deutsche Diplomaten an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt. Es geht nicht um das Auswärtige Amt im Dritten Reich, sondern um das Auswärtige Amt des Dritten Reiches.

Mehrere Historiker haben bereits Bücher über die Verbrechen des Auswärtigen Amtes veröffentlicht. Weshalb hat das Thema bisher so wenig Interesse in der Öffentlichkeit erregt?

Die entscheidende Frage ist, was eine Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt über ihre Geschichte wissen will. Die deutsche Gesellschaft wollte nach 1945 und insbesondere in den fünfziger Jahren nichts von der breiten Beteiligung der Eliten und der gesamten Bürokratie an der Gewaltpolitik des Nationalsozialismus wissen.

Weite Teile der deutschen Gesellschaft hatten den Nationalsozialismus unterstützt, und die deutsche

Gesellschaft war 1945 nicht ausgetauscht worden. Es entlastete, führende Nazis als verantwortlich zu bezeichnen und im Übrigen auf die vielen „Mitläufer“ zu verweisen. Alles andere wurde in den fünfziger Jahren verdrängt und marginalisiert. In diesem Klima entwickelten sich öffentliche Geschichtsbilder, die es auch in späterer Zeit schwer machten, dass noch so klare wissenschaftliche Untersuchungen so aufgenommen und bewertet wurden, wie es unserem Buch jetzt – 65 Jahre nach Kriegsende – widerfährt. Heute scheint die Gesellschaft in

„Die Deutschen wollten nach 1945 nichts von der Beteiligung der Eliten an der Gewaltpolitik wissen“

einem ganz anderen Maße bereit zu sein, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Das hat sicher auch mit dem Generationswechsel und der zunehmenden Distanz zum Nationalsozialismus zu tun.

Brauchten wir einen Joschka Fischer, um die Ereignisse aufzuarbeiten? Oder ist das Thema nur wegen der „Nachrufaffäre“ angegangen worden?

Ja, es bedurfte eines Auslösers. Und dieser Auslöser war die „Nachrufaffäre“, die 2003 mit dem Brief von Marga Henseler an Herr Fischer begann. Vermutlich kann man die Auseinandersetzung über die Nachrufe auch als Teil eines Generationenkonflikts verstehen. Fischer gehört einer Generation mit einem anderen Blick auf den Nationalsozialismus an und steht für einen anderen Umgang mit der NS-Vergangenheit nach 1945, als die „Mumien“, die ehemaligen Diplomaten, die ihn angriffen.

Das ist ein wichtiger Grund dafür, dass Fischer eine Unabhängige Historikerkommission eingesetzt hat, deren Buch jetzt vorliegt.

Ihre Arbeit ist mit der Untersuchung des Auswärtigen Amtes nicht beendet. Es geht erst los...

Was die exemplarische Untersuchung des Auswärtigen Amtes noch einmal deutlich gemacht hat, ist die breite Beteiligung aller Institutionen und aller

Behörden an der verbrecherischen Maschinerie, dem verbrecherischen Apparat des Dritten Reiches. Das hat uns als Historiker kaum überrascht, denn anders konnte ein solches Räderwerk der Gewalt nicht funktionieren. Aber es ist wichtig, dass solche Erkenntnisse auch eine breitere Öffentlichkeit erreichen.

Es liegt in der Logik dieser Entwicklung, dass nun auch andere Behörden und Ministerien ihre Geschichte untersuchen lassen werden. Ich nenne nur das Finanzministerium, den BND oder den

Verfassungsschutz. Andere werden folgen. Deutlich wird, dass unsere gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht an ihr Ende gelangt ist, sondern dass sie sich fortsetzt und neue thematische Horizonte findet. Jede Generation muss neu ihre Fragen an diese Geschichte stellen.

Es ist ein wichtiger Teil der politischen Kultur der Bundesrepublik geworden, sich immer wieder mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen, auch als Teil ihrer gesellschaftlichen Selbstverständigung. Deshalb wehre ich mich dagegen, Schlusspunkte zu setzen. Auch unser Buch über das Auswärtige Amt ist kein Schlusspunkt.

Müssen die Geschichtsbücher nun umgeschrieben werden?

Die Verantwortung und das Versagen der Eliten werden schon deutlich dargestellt. Vielleicht sollte man eher darüber nachdenken, wie es immer wieder – und nicht nur im deutschen Falle – passieren konnte und kann, dass Eliten und Bürokratien mit verbrecherischen Regimen kooperieren, und zwar auch im Sinne aktiver Beteiligung.

Sie räumen mit der Legende auf, das Auswärtige Amt sei ein Hort des Widerstands gewesen. Wie stand es um die Opposition?

Es gab Oppositionelle. Aber es waren einzelne Personen, die aus individuellen Motiven heraus Widerstand leisteten. Dieser Widerstand konnte ganz unterschiedliche Formen annehmen. Da sind diejenigen aus dem Umfeld des 20. Juli 1944, die den Staatsstreich und die Beseitigung Hitlers planten. Aber auch Leute, wie Fritz Kolbe, der den Amerikanern geheime Dokumente lieferten. Oder andere wie Gerhart Feine, der 1944 Juden in Ungarn vor der Vernichtung rettete. Das zeigt: Spielräume für oppositionelles Handeln hat es gegeben. Aber es bleibt zu betonen, dass das Auswärtige Amt als Institution kein Hort des Widerstandes war.

Ernst von Weizsäcker wird in der Geschichte sehr unterschiedlich bewertet. Wie sehen Sie seine Rolle?

Weizsäcker ist eine ausgesprochen schwierige Figur. Es ist nicht zu bestreiten, dass er insbesondere in den Jahren 1938/39 mit einer Gruppe von Diplomaten in seinem Umkreis versuchte, den „Großen Krieg“ zu verhindern. Das gelang bekanntermaßen nicht. Der gleiche Weizsäcker vertrat jedoch von 1933 an die Politik des Nationalsozialismus. Er steht geradezu paradigmatisch

für das Versagen der deutschen politischen Funktionseliten. Auch Weizsäcker hat die antisemitische Politik des Nationalsozialismus unterstützt, er hielt sie für nachvollziehbar und hat sie nach außen dargestellt und legitimiert. Später, als Staatssekretär, hat er seinen Anteil daran gehabt, dass die Vernichtungspolitik reibungslos durchgeführt werden konnte.

Für sein Verbleiben im Amt wird ihm das Motiv zugeschrieben, er habe von innen, aus dem Amt heraus, Sand ins Getriebe des Regimes streuen und Schlimmeres verhindern wollen. Doch was ist denn an Schlimmerem verhindert worden? Deutschland entfesselte einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg, sechs Millionen Juden wurden ermordet.

Ist es ein beachtlicher Schritt gewesen, dass das Auswärtige Amt 2005 diese Untersuchung initiierte, oder ist dies viel zu spät geschehen?

Es war nicht zu spät. Es war zwar ein seit langem notwendiger Schritt, aber völlig unabhängig vom Zeitpunkt war es ein wichtiges Signal des Auswärtigen Amtes, diese Untersuchung in Auftrag gegeben und sie unter-

stützt zu haben. Das spricht für das Geschichts- und das Selbstbewusstsein des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik, fast 60 Jahre alt, hat es nicht nötig, das Auswärtige Amt des Dritten Reiches in seine Traditionsbildung mit einzubeziehen. Es gibt gute Gründe, sich auf einzelne Oppositionelle in der

Zeit des Nationalsozialismus zu beziehen. Das ist nachvollziehbar und legitim, aber es gibt keinen

Grund, heute eine Ehrenrettung des Auswärtigen Amtes des Dritten Reiches zu betreiben. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik steht für 60 Jahre einer erfolgreichen Politik. Es steht als zentrale Institution für ein freiheitliches, demokratisches Gemeinwesen. Da bedarf es keiner Traditionsbildung, die das verbrecherische Amt des Dritten Reiches mit einbezieht.

Stimmen Sie Außenminister Guido Westerwelle zu, dass Ihr Buch fester Bestandteil der Diplomatenausbildung werden sollte?

Ich halte das für eine wichtige Maßnahme. Sie ist ja eine der ersten Konsequenzen, die im Auswärtigen Amt aus der Veröffentlichung unserer Studie gezogen worden ist. Denn unser Buch thematisiert, jenseits seines konkreten Gegenstandes, ganz prinzipiell die Frage nach dem Handeln und der Verantwortung von Funktionseliten. Und das ist ein Thema, mit dem sich zukünftige Diplomaten, aber auch Angehörige anderer politischer und gesellschaftlicher Funktionseliten, gründlich auseinandersetzen sollten. ■



Foto: Till Karmann

Krisengipfel Germanistik

Diskussion und Ansätze einer Mitbestimmung

Nach Kritik an den Studienbedingungen lud die Germanistik die Studierenden zum Gespräch und der Wahl einer Kommission ein.

Der Grund für das Seminargepräch im Germanistischen Seminar war wenig erfreulich: In einem hochschulinternen Ranking hatte es nur den vorletzten Platz erreicht. Im Gespräch sollte den Problemen auf den Grund gegangen werden und eine Kommission zur Verbesserung der Studiensituation gewählt werden.

Tatsächlich war das Gespräch offen, die Stimmung friedlich. Angesprochen wurden von Seiten der Studenten einige wichtige Punkte: Die Abschaffung der Notwendigkeit des Latinums für ein 25-Prozent-Bachelorstudium, welche auch von den Professoren befürwortet wurde, Sinn und Zweck von Pflichtvorlesungen, wo die Meinungen auseinandergingen und die starre Strukturierung des Bachelors. Diese macht eine frühzeitige Spezialisierung auf einen der drei Teilbereiche der Germanistik, nämlich Sprachwissenschaft, Ältere Sprache und Literatur sowie Neuere deutsche Literatur, unmöglich. Dieses System wurde von Seiten der Professoren verteidigt. Einige Studierende fanden die Regelstudienzeit von sechs Semestern zu kurz – ein Kritikpunkt, dem sich die Professoren anschlossen: der Bildungspolitik gehe es nur um die schnelle Produktion von Arbeits-



Das Germanistische Seminar lud die Studenten zum offenen Gespräch ein.

kräften und nicht um Persönlichkeitsentwicklung. Der Vorschlag, sie zu verlängern, führte zu einer Debatte, ob dies möglich sei.

Nach der Diskussion sollte in zehn Minuten die Wahl der studentischen Vertreter der „Kommission für Studium und Lehre“ stattfinden. Die Professoren hatten beschlossen, so viele Studenten in diese Kommission aufzunehmen, wie auch sie selbst Vertreter hatten, nämlich acht. Da sich aber auf Antrieb zwölf Freiwillige fanden, stimmten die Professoren überraschend dem Vorschlag zu, alle zwölf aufzunehmen. Der Einwand, dass der Verzicht auf eine Wahl die Kommission dem Vorwurf der Unrechtmäßigkeit preisgeben könne, wurde beiseitegeschoben. Die Begeisterung über diese unerwartete Chance auf studentische Mitbestimmung lag förmlich in der Luft.

Ungeklärt bleiben allerdings die Kompetenzen der Kommission, ihre Aufgaben, ihre Legitimation. Weder von einem Konzept noch von einem zukünftigen Wahlmodus war die Rede. Wie es derzeit aussieht, sind ihre Veränderungsmöglichkeiten vom guten Willen der Seminarleitung abhängig. Die Kommission ist damit lediglich eine Versammlung ohne Macht, ohne gesicherte Möglichkeiten der Einflussnahme.

Dem Anspruch, ein Gespräch auf Augenhöhe zu führen, wurde man gerecht. Den Erfolg aber wird man an dem messen, was jetzt an Veränderungen folgt und folgen muss. Die Kommission ist ein Schritt in die richtige Richtung, ein Hoffnungsschimmer, eine Chance. Mehr nicht. Sie könnte Veränderungen bringen. Tut sie das nicht, wird man sich an sie erinnern als an ein gescheitertes Projekt. (mab, tle)

Finanzielles Desaster

Proteste an der Universitätsmedizin Mannheim

Seit mehreren Wochen protestieren die Mannheimer Medizinstudenten immer wieder für eine Aufwandsentschädigung während des Praktischen Jahres (PJ). Die Universitätsmedizin Mannheim führte zwar zu Beginn des Jahres einen „Anerkennungspreis“ ein, das Problem lösen konnte es damit allerdings nicht.

Im Uniklinikum Mannheim ist es vorgeschrieben, am Ende des Studiums zehn Monate an Krankenhäusern der jeweiligen Fakultät zu arbeiten. Dort lernt man das theoretische Wissen unter Anleitung eines Assistenzarztes anzuwenden und wird durch den direkten Kontakt zum Patienten auf den Arbeitsalltag eines Arztes vorbereitet. Während dieser 48-Stunden-Wochen im Krankenhaus muss sich der Medizinstudent parallel noch auf das zweite Staatsexamen vorbereiten, was in der Regel zwei Monate nach Beendigung des PJs abgelegt wird. Während dieser zehn Monate bleibt kaum Zeit, um durch einen Nebenjob für die Lebenshaltungskosten aufzukommen. Dadurch sind viele gezwungen einen Studienkredit aufzunehmen oder sich das Geld (zum Beispiel von den Eltern) zu leihen.

Um diese Not zu lindern führte die Universitätsmedizin Mannheim Anfang des Jahres den sogenannten Anerkennungspreis ein. Dieser sieht vor, dass die besten 25 Prozent im Hauptstudium eine einmalige Zahlung von 1000 Euro und die nächsten 25 Prozent 600 Euro erhalten. Die anderen 50 Prozent erhalten nichts.

Die Zahlung ist allerdings an die Bedingung geknüpft, das PJ auch an der Universitätsmedizin Mannheim abzuleisten. Nimmt man danach dort eine Stelle als Assistenzarzt an, wird eine weitere einmalige Prämie von 1500, beziehungsweise 1000 Euro gezahlt.

„Dies ist im höchsten Grade unsozial und unfair,“ findet ein Mannheimer Medizinstudent, „da in der Regel unter den besten 25 Prozent die Studenten sind, die während des Studiums nicht arbeiten müssen und keine weitere finanzielle Unterstützung benötigen. Die Studenten mit Nebenjob gehen daher eher leer aus, obwohl vor allem sie auf dieses Geld angewiesen sind.“

Diese Einstellung vertritt auch die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland. Sie hält eine bundesweit vergleichbare Höhe der Aufwandsentschädigung für essentiell. Die Geschäftsführung des Universitätsklinikums wurde wiederholt in Gesprächen und Briefen sowie durch öffentliche Proteste auf diese Probleme hingewiesen, ohne dass sie bisher eine adäquate Antwort darauf gegeben hätte.

Die anderen Universitätskliniken in Baden-Württemberg (Freiburg, Ulm, Tübingen und Heidelberg) bezahlen bereits Aufwandsentschädigungen, welche aber stark voneinander abweichen. So werden in Heidelberg am Universitätsklinikum bis zu 400 Euro, in Lehrkrankenhäusern bis zu 600 Euro gezahlt. In Heidelberg ist es aber so, dass die Krankenhäuser, die generell einen großen Andrang an PJ-lern haben, weniger zahlen. (tle)

Evaluation mit System

Fächerübergreifendes Pilotprojekt in der Kritik

Seit dem Sommersemester 2010 findet an der Universität Heidelberg ein Pilotprojekt zur zentralen Evaluation der Lehrveranstaltungen statt. Ziel des Projektes, das nun in seine zweite Runde geht, ist eine Systematisierung des Evaluationsverfahrens und die Errechnung eines vergleichbaren Qualitätsindex für Lehrveranstaltungen (LVQI). Dieser ergibt sich aus dem Mittelwert der Bewertungen auf den Beurteilungsbögen.

Der LVQI stößt besonders in Fachschaftskreisen auf Kritik. „Wir halten es nicht für sinnvoll, die Leistung eines Dozenten an einer Zahl festzumachen“, sagt Stefan Breunig, Mitglied der Fachschaft MathPhys, die ihr eigenes Evaluations-System entwickelt hat. Das System blende aus, dass Pflichtveranstaltungen meist weniger gut bewertet werden, als Wahlveranstaltungen. Kurse, die einen interessieren, würden meist besser bewertet, als solche, die auf jeden Fall absolviert werden müssen. Um dem vorzubeugen, wird in einer der zentralen Fragen auf dem Bewertungsbogen explizit danach gefragt.

Positiv hingegen wird bei der neuen Methode bewertet, dass Studenten nun die ausgefüllten Bögen einsammeln und versiegeln an die Zentrale Universitätsverwaltung zurücksenden. „Dies ist eine wichtige Maßnahme“, sagt Fachschaftler Jasper Franke, der ebenfalls an der MathPhys-Evaluation beteiligt ist. „Nur so kann vermieden werden, dass Dozenten einzelne Fragebögen mit schlechten Bewertungen manipulieren oder sogar vernichten.“

Fabian Maroska von der Fachschaft Politik hebt die Bedeutung der Extra-Seite auf dem Befragungsbogen hervor. Auf dieser

können Studenten konstruktive Verbesserungsvorschläge und Kritik einbringen. Diese Möglichkeit sei ein wichtiges Signal für die Studierenden, dass ihre Meinung ernst genommen werde.

Dozenten sind dazu angehalten, die Evaluationsergebnisse in ihren Lehrveranstaltungen vorzustellen und zu besprechen. In den Fächern Mathematik, Informatik und Physik werden sie dies jedoch auch in Zukunft selbst entscheiden können. „Hier trennt sich die Spreu vom Weizen“, so Franke. „Einige Dozenten nehmen die Auswertungen ihrer Lehrveranstaltungen ernst und verbessern diese. Andere wiederum tun gar nichts.“ Es habe zwar schon geringere Veränderungen gegeben, wie zum Beispiel die Neubepunktung für Vorlesungen in der Informatik. Es sei aber eher unwahrscheinlich, dass Lehrevaluationen die Studienordnungen verändern. Nach Aussagen des Dezernats Studium und Lehre, das mit sechs Mitarbeitern an dem Projekt beteiligt ist, seien dafür Studienfach- und Studienordnungsbefragungen besser geeignet.

MathPhys-Fachschaftler Breunig sieht in seiner fakultätsinternen Evaluation den Vorteil, dass sich bei ihnen die Dozenten die Bewertungen ihrer Tutoren in jedem Fall anschauen. „Wenn ein Tutor in bestimmten Einzelpunkten mehrmals schlechte Bewertungen bekommt, wird der Dozent ihn nicht gleich austauschen. Allerdings setzt sich der Dozent dann schon ins Tutorium und prüft, ob die Bewertungen den Tatsachen entsprechen.“

Die zentrale Befragung soll zukünftig aus Studiengebühren finanziert werden. (col, jin)



The Chemical Company



Das Kulturprogramm der BASF



Für Studentinnen und Studenten: 50% Ermäßigung im VVK und Last-Minute-Tickets zu 5 € an der Abendkasse! Last-Minute-Tickets ab 15 Min. vor Konzertbeginn erhältlich. Infos zur Verfügbarkeit unter www.basf.de/kultur

<p>The Big Four: Midori, Violine, Özgür Aydin, Klavier 26. Nov. 10 20 Uhr Konzertsaal Pfalzbau, LU</p> <p>„Der Nussknacker“ – Rufus Beck, Rezitation, Südwestfälische Philharmonie Siegen 03./04. Dez. 10 20 Uhr Konzertsaal Pfalzbau, LU</p> <p>The Big Four: Julia Fischer, Violine, Martin Helmchen, Klavier 12. Dez. 10 20 Uhr Theatersaal Pfalzbau, LU</p>	<p>The Big Four: Patricia Kopatchinskaja, Violine, Fazil Say, Klavier 26. Jan. 11 20 Uhr Konzertsaal Pfalzbau, LU</p> <p>Krzysztof Penderecki, Dirigent, Concertverein Wien 28. Jan. 11 20 Uhr Konzertsaal Pfalzbau, LU</p> <p>The Puppini Sisters & Pasadena Roof Orchestra 04./05. Feb. 11 20 Uhr Theatersaal Pfalzbau, LU</p>
--	---

Das Angebot für Studentinnen und Studenten gilt für alle Konzerte, ausgenommen die Reihen Querbe@t und Enjoy Jazz. Das Programmheft mit allen Veranstaltungen können Sie bestellen unter 0621-60 42422, basf.konzerte@basf.com oder www.basf.de/kultur

Ihr Service-Spezialist für Tinte, Toner, Papier & Co...



Tintenpatronen / Toner für alle Drucker, Faxgeräte, Kopierer usw.: Originalware (Brother, Canon, Epson, HP, Lexmark, Xerox), Alternativprodukte, Recycling / Rebuild-Produkte, Nachbauten

Normal-, Photo-, Spezial- und Plotterpapiere
 von DIN A6 bis DIN A0 (auch Rollenware) von allen namhaften Herstellern, sowie günstige Alternativprodukte

> Nachfüll-Sets zum Selbstbefüllen

> professionelles Wiederbefüllen Ihrer Tintenpatronen
 durch unser geschultes Personal

>>> Laser / Inkjet-Folien, Laminierfolien und Laminierservice bis A3 >>> CD- und DVD-Rohlinge & andere Datenträger >>> Drucker-, USB- und Netzwerkkabel

Öffnungszeiten: Mo. - Mi. 10.00 - 19.00 Uhr
 Do. + Fr. bis 19.30 Uhr · Sa. 10.00 - 17.30 Uhr
 Heidelberg · Rohrbacherstr. 6-8 · im Carré
 Telefon 0 62 21 - 45 34 17 · Fax 0 62 21 - 45 34 19



Computerzubehör für alle Systeme zu Superpreisen!!!

Mitbestimmung à la RCDS

Modell für Studentenparlament in Landtagsfraktion eingereicht

Die FSK arbeitet mit dem Heidelberger Rektorat Modelle für die studentische Mitbestimmung aus. Dazu gehört das Fachratsmodell, aber auch das Konzept eines Studierendenrats (StuRa). Nun wollen die Hochschulparteien in Heidelberg nachziehen.

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) hat in Zusammenarbeit mit der Liberalen Hochschulgruppe (LHG) ein eigenes Modell für ein Studentenparlament ausgearbeitet, das von verschiedenen politischen Größen der CDU Baden-Württemberg unterstützt wird.

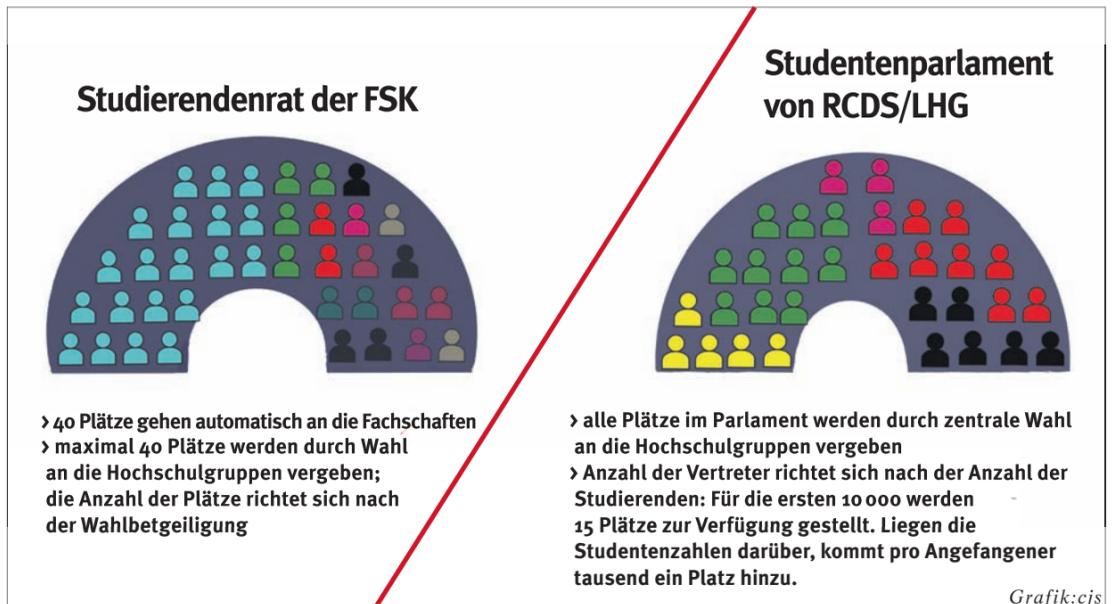
Das Studentenparlament ist „keine verfasste Studierendenschaft“, betont Roman Link, Landesvorsitzender des RCDS Baden-Württemberg. Das sei nach seinen Aussagen auch nicht nötig, weil „die Verfasstheit über die Reichweite der Mitbestimmung keinerlei Aussage trifft“. Die Reichweite der Mitbestimmung soll stattdessen über eine Änderung des Landeshochschulgesetzes erreicht werden. Der hochschulpolitische Sprecher im Landtag Werner Pfisterer hat den Entwurf von RCDS und LHG von Anfang an mitgetragen, wie es aus einem RNZ-Interview hervorgeht.

Über seine Unterstützung gelangte der Entwurf ins Wissenschaftsministerium und in die Landtagsfraktion der CDU, die das Modell begutachteten. Das Ende des Gutachtens schmückt die Unterschrift von Wissenschaftsminister Frankenberg persönlich.

Aber was gibt das Modell eigentlich her? Zuerst einmal soll es in der universitären Verwaltung eingegliedert sein, aber trotzdem die Kompetenzen besitzen, beispielsweise bei der Verwendung von Studiengebühren zu beraten. Zusammen mit den Studiengebührenkommissionen gäbe es dann zwei verschiedene Beratungsebenen, denn nach dem Hochschulgebührengesetz haben Studenten bei der Verwendung von Studiengebühren keine Entscheidungsgewalt.

Gewählt würde das StuPa über eine zentral organisierte Wahl, dessen Kosten von der Universität getragen werden soll. Wahlberechtigt sind alle Studenten der Universität Heidelberg. Die Zahl der Vertreter im StuPa ergibt sich aus der Anzahl der Studenten. Im Falle von Heidelberg mit seinen 30 000 Studenten wären es 35 Plätze. Eine Beteiligung der Fachschaften ist offenbar nicht vorgesehen.

Vergleicht man das StuPa des RCDS mit dem StuRa, das in der AG für studentische Mitbestimmung diskutiert wird, fallen Ähnlichkeiten auf: Beide sind keine verfasste Studierendenschaft und sollen in der Universitätsstruktur eingegliedert sein. Im Gegensatz



dazu besitzt das StuRa-Modell eine Beteiligung der Fachschaften, die automatisch Anspruch auf die Hälfte der maximal verfügbaren Sitzplätze haben. Die andere Hälfte der Plätze, die für Hochschulgruppen reserviert sind, richtet sich nach der Wahlbeteiligung.

Die Art und Weise wie FSK und RCDS ihre Modelle einführen ist grundverschieden: Die Studentenproteste im Bildungsstreik haben von unten aus den Weg für Gespräche mit Arbeitsgruppen und dem Rektorat geebnet, woraus sich dann die Mitbestimmungs-

konzepte wie Fachrat und StuRa gebildet haben. Ganz anders der RCDS und der LHG: Während des Bildungsstreiks äußerten sie sich in keiner studentischen Zeitung zu ihrem Modell, nicht einmal in ihrer eigenen Zeitung „Schwarzlicht“. Lediglich auf ihrer Homepage sind zwei kurze Meldungen zu ihrem StuPa-Modell erschienen und anstatt das Gespräch mit der Universität zu suchen, präsentierten sie das Modell von Anfang an auf der Landesregierungsebene.

Das vom RCDS vorgeschlagene Modell könnte auf großer Fläche

wirksam sein, wenn er denn tatsächlich im Landtag angenommen wird. Nach Aussagen von Werner Pfisterer können sie es in dieser Legislaturperiode nicht mehr durchsetzen. Im Falle einer Wahlniederlage der CDU im März würde dieser Entwurf also im Sand verlaufen.

Das Modell der FSK wäre nur in Heidelberg wirksam, hätte aber den Vorteil, dass es angepasster ist. Schließlich haben Studenten und Rektorat, die den tatsächlichen Uni-betrieb kennen, zusammen daran gearbeitet. (xmu)

Und sie kommen doch

Der Weg zur Einführung der Fachräte ist beinahe frei

Nun deutet doch noch alles darauf hin, dass an der Universität Heidelberg in Kürze Fachräte eingeführt werden. Dieses neue Gremium wäre eine Art Fakultätsrat – aber auf Fachebene. Die Vorbereitungen dazu waren im Herbst ins Stocken geraten, als der Antrag auf ihre Einführung im Senat scheiterte. Der Grund dafür war, dass die Zentrale Universitätsverwaltung davon ausging, die Finanzierung der Fachratswahlen sei nicht rechtens. Dies erwies sich allerdings als Fehlinformation.

Das Landeswissenschaftsministerium half auf Anfrage der Fachschafskonferenz (FSK) mit, den Sachverhalt aufzuklären: Ministerialrat Thomas Pflüger erklärte in einer Stellungnahme zum Thema, dass die Finanzierung der Wahlen nicht im Widerspruch mit dem Haushaltsrecht der Universität stehe. Die anfallenden Kosten in Höhe von rund 6 700 Euro dürfen also übernommen werden.

Zuvor jedoch muss der Antrag auf Einführung im Senat angenommen werden. Bei der Fachschafskonferenz ist man diesbezüglich aber nicht allzu besorgt: „Wir gehen davon aus, dass er bei der Senatssitzung am 14. Dezember durchkommt.“

Die Idee zur Einführung von Fachräten war in der Folge des Bildungsstreiks und den damit

einhergehenden Forderungen nach besseren Möglichkeiten der studentischen Mitbestimmung aufgekommen. Bisher sind die Fakultätsräte die unterste Ebene auf welcher Studierende, Vertreter des Mittelbaus und Institutsmitarbeiter offiziell mitbestimmen können. Mit der Einführung der Fachräte soll eine solche Mitbestimmung auch auf Fachebene möglich werden. An den Fachräten sollen alle dem Fach zugehörigen Gruppen beteiligt werden: Studierende, Hochschullehrer und sonstige Mitarbeiter wie aktive Ratsmitglieder, Institutsdirektoren, Fachstudienberater und Studiendekane in beratender Funktion.

Der Aufgabenbereich des neuen Gremiums soll sich speziell auf fachspezifische Themen ausrichten. Darunter fallen beispielsweise die Planung des Lehrangebots oder die Evaluation der Lehrveranstaltungen, sowie die Ausarbeitung von Prüfungsordnungen. Gerade bei der Gestaltung der Prüfungsordnungen könnten sich die Fachräte als besonderer Vorteil erweisen, da diese gemeinsam von Studierenden und Dozenten verfasst und somit optimal an die Bedürfnisse des jeweiligen Faches angepasst werden könnten. In Fakultäten, die viele Fächer umfassen, wäre das eine deutliche Verbesserung. (cjs)

Medizin unter einem Dach

Mitspracherecht des Landes soll ausgeweitet werden

Unikliniken und Medizinische Fakultäten sollen zu einer „Körperschaft für Universitätsmedizin“ zusammengelegt werden.

Seit 1997 sind die Kliniken der Universitäten Heidelberg, Tübingen, Ulm und Freiburg Anstalten öffentlichen Rechts unter Trägerschaft des Landes. Als Gewährträger haftet das Land für die Unikliniken, falls diese Kreditforderungen von Gläubigern nicht erfüllen können. Die Unikliniken gehören somit, im Gegensatz zu den Medizinischen Fakultäten, nicht zur Universität. Die damalige CDU-Landesregierung gewährte den Unikliniken in einem Gesetz zur Hochschulreform weitreichende Entscheidungsfreiheit, um unter anderem die Wirtschaftlichkeit in der Krankenversorgung sicherzustellen.

Uniklinik und Medizinische Fakultät sind bisher zwei selbstständige Einheiten, die verschiedene Aufgaben wahrnehmen und unterschiedlich strukturiert sind. In vielen Bereichen, wie der Lehre und Forschung, kooperieren beide miteinander.

Diese Verbindung soll jetzt institutionalisiert werden und eine „Körperschaft für Universitätsmedizin“ (KUM) gegründet werden. Gemäß des Gesetzesentwurfs der Landesregierung soll so „enge Zusammenarbeit, Effizienz und Synergie“ sichergestellt werden. Mit der KUM entsteht aber kein eigenständiges Organ der Universitätsmedizin, sondern eine neue Teilstiftung der Universität. Hochschulmedizin und Krankenversorgung unterstehen damit der Universität. Dieses

sogenannte „Integrationsmodell“ der Landesregierung sieht außerdem die Einrichtung einer landesweiten Gewährträgerversammlung vor. Mit diesem Instrument will das Land die „Wahrnehmung seiner politischen Verantwortlichkeit“ verbessern.

Die Gewährträgerversammlung, der im gleichen Maße Vertreter der Ministerien für Wirtschaft, Finanzen und Soziales und des Landesparlaments angehören wie medizinisches Führungspersonal, sei für die „strategische Gesamtplanung“ der vier neuen Körperschaften verantwortlich. Dies betreffe vor allem Wirtschafts- und Finanzfragen. Die Gewährträgerversammlung erlaube es dem Land aber auch, „korrigierend einzugreifen, wenn gewichtige Interessen des Landes oder der Universitätsmedizin berührt“ seien. Falls es innerhalb der verschiedenen Gremien zu Unstimmigkeiten kommt, habe das Wissenschaftsministerium das letzte Wort.

Die Landtagsabgeordnete Theresia Bauer (Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert den Entwurf der Landesregierung. Sie wirft der Regierung vor, „auf den letzten Drücker die Hochschulmedizin grundlegend umbauen“ zu wollen.

So würde die Zusammenlegung der Unikliniken und Fakultäten Entscheidungen nicht erleichtern, sondern durch die neu entstandenen Gremien innerhalb der KUM erschweren. Anstatt die Organisationsstruktur zu entschlacken, würde ein „Organisationsgestrüpp“ und somit Intransparenz geschaffen.

Sie bemängelt im Besonderen, dass durch die Eingliederung der

Unikliniken in die Universität und das erweiterte Mitspracherecht der Politik die Wirtschaftlichkeit der Krankenversorgung vernachlässigt wurde.

Des Weiteren sei die Umstrukturierung der Universitätsmedizin nicht strukturellen Problemen geschuldet, sondern Personalproblemen. An den vier Universitätskliniken häuften sich in den vergangenen Jahren Misswirtschaft und Skandale. Bauer kritisiert, dass das Land diese Probleme auch mit den vorhandenen Kontrollmöglichkeiten hätte erkennen und beheben können, diese Verantwortung aber nicht wahrgenommen habe. Außerdem werde das Landesparlament durch die Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums in vielen Fragen entmündigt und könne keine Kontrolle über die Hochschulmedizin ausüben.

Kritik am Vorhaben des Wissenschaftsministers äußert nicht nur die Opposition im Landtag. So sagte Manfred Lautenschläger, Aufsichtsrat des Heidelberger Klinikums, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, durch die Eingriffsmöglichkeiten der Politik werde die Konkurrenzfähigkeit mit privaten Kliniken gefährdet.

Wie weitreichend das Land dann tatsächlich in Entscheidungen der Kliniken eingreifen würde, bleibt abzuwarten. Der Gesetzesentwurf der Landesregierung soll am 7. Dezember in den Landtag gebracht werden und noch in dieser Legislaturperiode bis März 2011 abgestimmt werden. Wird das Gesetz angenommen, soll die Umsetzung der Umstrukturierungsmaßnahmen bis 2013 erfolgen. (fkb)

Kurse zum
LATINUM + GRAECUM
während der Semesterferien und semesterbegleitend

- * für Anfänger und Fortgeschrittene
- * kleine Arbeitsgruppen
- * soziale Beiträge + Lernmittelfreiheit
- * erfahrene Dozenten

HEIDELBERGER PÄDAGOGIUM
69120 Heidelberg, Schröderstr. 22a, Tel.: 45 68-0, Fax: 45 68-19
www.heidelberger-paedagogium.de

Höhere Studiengebühren statt Bildung für alle

England will Kürzungen im Bildungswesen mit Erhöhung der Studiengebühren ausgleichen

Die Ankündigung drastischer Kürzungen im Bildungswesen treibt die Studenten in England auf die Straße.

Mit einem lauten Klirren gibt die Fensterscheibe nach. Den Schlägen und Tritten der Demonstranten konnte sie nicht länger Stand halten. Einige der Randalierer schienen gut vorbereitet zu sein. Sie attackierten das Glas mit Hämmern. Auf den Videoaufzeichnungen der Proteste zehntausender Studenten in London versinkt das Hauptquartier der Tories im Chaos. Dutzende Studenten stürmen das Gebäude der regierenden Konservativen Partei, entrollen Schriftbanner vom Dach und setzen Büros in Flammen. Die Eskalation des sonst friedlich verlaufenden Protests überfordert die Polizei, wie ein Sprecher später zugeben wird. Man hatte die Wut der Studenten über die Sparpläne der Regierung unterschätzt.

Grund für die Proteste ist das „härteste Sparprogramm der britischen Nachkriegsgeschichte“, das in diesem Monat verabschiedet werden soll. Die konservativ-liberale Regierung unter Premierminister David Cameron will in den kommenden vier Jahren rund 83 Milliarden Pfund (97,7 Milliarden Euro) einsparen. Im Bildungssystem sehen die Pläne Kürzungen von 40 Prozent bei der Finanzierung der Lehre an Universitäten vor. Diese werden insbesondere die Geisteswissenschaften treffen. Darüber hinaus soll die sogenannte „Education Maintenance Allowance“ (EMA – Beihilfe zur Aufrechterhaltung von Bildung) gestrichen werden, die Jugendliche aus ärmeren Verhältnissen mit bis zu 30 Pfund pro Woche fördert.

Für den größten Aufschrei sorgte

jedoch die Ankündigung einer Erhöhung der Studiengebühren. Diese soll für Studenten gelten, die ab 2012 ein Studium aufnehmen. Das Studium an staatlichen Universitäten in England wäre dann das teuerste der Welt, wie die britische Tageszeitung *The Guardian* berechnet. Bisher müssen Studenten in England bis zu 3290 Pfund pro Jahr (3873 Euro) zahlen. Zukünftig sollen Universitäten bis zu 6000 Pfund (7063 Euro) verlangen dürfen, unter „außergewöhnlichen Umständen“ sogar bis zu 9000 Pfund (10595 Euro). Universitäten, die dieses Limit ausreizen wollen, sollen aber Maßnahmen ergreifen, um Studenten aus armen Verhältnissen anzuwerben.

Doch auch die höheren Gebühren werden, so die allgemeine Befürchtung, die drastischen Kürzungen im Bildungshaushalt nicht ganz ausgleichen können. Viele Stellen müssen gestrichen werden. Dies ist einer der Gründe, weshalb die Studenten im November in vielen Städten auf die Straße gingen und Universitätsgebäude und Vorlesungssäle besetzten. Bis auf die Proteste in London verliefen diese aber weitgehend friedlich. „Es ist eine Schande, dass die Proteste in London gewalttätig geworden sind“, sagt Alexandra, die in Leeds studiert. „Somit haben sie die Aufmerksamkeit der Medien von der eigentlichen, friedlichen Demonstration abgelenkt.“

Lehrkräfte verschiedener Universitäten haben einen öffentlichen Brief verfasst, in dem sie ihrem Ärger über die Kürzungen Luft machen. Es gehe nicht nur um ihre eigenen Jobs, sondern auch um die „größere Bedeutung der Bildung für die Gesellschaft“. Sie befürchten, dass sich die Kluft zwi-



„No ifs, no buts, no education cuts“: Vor dem Houses of Parliament in London protestieren zehntausende Studenten.

schen Arm und Reich vergrößert. Durch die geplante Abschaffung der EMA werden weniger Schüler ihre A-Levels, das englische Äquivalent zum Abitur, absolvieren können. Die Zahl der Studenten aus ärmeren Verhältnissen werde dementsprechend zurückgehen.

Die Politiker verweisen angesichts dieser Vorwürfe auf Änderungen der Stipendien- und Darlehensregelungen, die das System fairer und mobiler machen sollen. Mit einem 150 Millionen Pfund (177,6 Millionen Euro) starken Budget für Stipendien wollen sie verhindern, dass begabte Studenten aus ärmeren Verhältnissen benachteiligt werden. Zusätzlich sollen Absolventen Darlehen erst zurückzahlen müssen, sobald ihr Einkommen 21 000 Pfund (24 724 Euro) überschreitet. Momentan liegt das Mindesteinkommen für die Rückzahlung bei 15 000 Pfund

(17 660 Euro). Außerdem sollen Absolventen mit höherem Einkommen mehr zurückzahlen müssen. Vielen Studenten reicht das nicht.

Ein Großteil der Wut richtet sich gegen die „Liberal Democrats“ um den Parteivorsitzenden Nick Clegg. Dieser ging nach den Wahlen im Mai eine Koalition mit den Konservativen ein, da keine der beiden großen Parteien eine absolute Mehrheit hatte. „Ich glaube, dass es an der Zeit ist, Versprechen zu halten“, hatte Clegg geworben und dabei immer betont, dass er sich für eine Abschaffung der Studiengebühren einsetzen wolle. Besonders unter den Studenten erreichte der Hype um Clegg ähnliche Ausmaße wie einst der um US-Präsident Barack Obama.

Doch genauso schnell wie dieser seine Position als Hoffnungsträger in den USA verlor, geht es nun auch

für Clegg und seine Partei bergab. Laut einer Guardian-ICM-Umfrage würden 45 Prozent der Wähler, die bei der vergangenen Unterhauswahl für die Liberaldemokraten gestimmt hatten, der Partei die Stimme heute verweigern. „Die Studenten fühlen sich von Clegg betrogen, nachdem er sein Versprechen, die Gebühren nicht zu erhöhen, brach“, sagt Politikstudent Daniel aus Leeds.

Cleggs hilflose Entschuldigungen können die Studenten dabei nicht beruhigen. Zwar gibt es Verständnis dafür, dass die Staatsausgaben angesichts der hohen Schulden gekürzt werden müssen. Ob das Bildungswesen der richtige Ort sei, um diese vorzunehmen, wird bezweifelt. „Ich denke, dass Kürzungen notwendig sind“, räumt Daniel ein. „Ich lehne jedoch das extreme Ausmaß der Kürzungen im Hochschulwesen ab.“ (aks, amw)

Kein Geld mehr für Mediävistik an der Uni Bristol

Zahlreiche Studenten des German Department setzen sich für den Erhalt ihrer Dozentin Anne Simon ein

„SAS: Save Anne Simon“ ist der Slogan, mit dem zurzeit jeder konfrontiert wird, der den Gebäudekomplex der Faculty of Arts in Bristol betritt. Auf zahlreichen Plakaten fordern Studenten ihre Kommilitonen auf, sich für den Erhalt von Lehrstellen im Allgemeinen und die Rettung der Dozentin Anne Simon am German Department im Besonderen einzusetzen.

Die University of Bristol muss wie alle Universitäten in England mit Kürzungen rechnen. Um 40 Prozent soll die staatliche Förderung bis zum Wintersemester 2014/2015 zurückgehen. Die Universität plant deswegen, bis dahin acht bis zehn Prozent der Lehrstellen abzubauen, obwohl sie gleichzeitig 800 000 Pfund (941 852 Euro) für die Einführung neuer Studentenausweise und 26 Millionen Pfund (30,6 Millionen Euro) für die Renovierung des Gebäudes der Students Union ausgibt.

Am German Department treffen die Sparmaßnahmen Simon, die seit 18 Jahren am Institut lehrt. Sie ist die einzige Lehrkraft, die sich mit der deutschen Geschichte, Literatur

und Kunst des Mittelalters und der frühen Neuzeit beschäftigt. Ihr Verlust hätte große Einschränkungen des Lehrplans zur Folge und würde die Attraktivität des Instituts für zukünftige Studienanfänger mindern.

Weitere Auswirkungen hätte ihr Verlust auf den Mittelalter-Master, den das German Department in Kooperation mit dem Centre for Medieval Studies anbietet. Simon



„Rettungsplakat“ für Anne Simon.

war nicht nur an der Entwicklung des Master-Programms maßgeblich beteiligt, sondern hat auch das Centre for Medieval Studies 1994 mitbegründet und bis 2001 mitgeleitet. Auch eine Doktorandin, die derzeit von Simon betreut wird, stünde nach ihrer Kündigung ohne Doktor Mutter da.

Umso schwerer nachzuvollziehen ist vor diesem Hintergrund die Entscheidung des Direktors der Faculty of Arts, Professor Charles Martindale, in Zukunft auf diesen Forschungsbereich zu verzichten. Seine diesbezügliche Entscheidung fand – entgegen der Ankündigung, Rücktrittskriterien bekanntzugeben und Kündigungen erst nach Absprache auszusprechen – kurzfristig statt und traf das Institut unerwartet. Die Nachricht erreichte Simon am 26. Oktober in Form einer aus zwei Zeilen bestehenden E-Mail mit dem entsprechenden Brief im Anhang. Vier Tage zuvor hatte sie eine Beschwerde wegen Mobbing und Belästigung gegen die Geschäftsleitung eingereicht. „Weder aus dem Betreff noch aus den zwei Zeilen der Nachricht ging

hervor, dass es sich um meine Kündigung handelte. Lediglich der Brief im Anhang verschaffte Klarheit“, so Simon. Als Grund für die Streichung ihres Fachgebietes sei das geringe Interesse der Studenten an Mittelalterstudien genannt worden.

Simons Kündigung rief internationale Reaktionen hervor. Ulrike Borchers, die vor einigen Jahren als Erasmus-Studentin am German Department war und seitdem in freundschaftlichem Kontakt mit ihrer ehemaligen Dozentin steht, rief einen E-Mail-Verteiler unter deutschen Mediävisten ins Leben: „Die Entlassung Dr. Simons – besonders in dieser Form – ist ein Skandal. Die University of Bristol rühmt sich international mit den Erfolgen, die Dr. Simon erzielt hat. Es ist nicht vertretbar, wie respektlos sie im Gegenzug dafür behandelt wird.“

Circa 150 Wissenschaftler aus der ganzen Welt haben einen Protestbrief unterschrieben, darunter auch einige aus Heidelberg. Weitere 253 Unterschriften sammelten Studenten für eine Petition, die Professor Martindale überreicht wurde, der bisher jedoch noch nicht

darauf reagiert hat. Eine Facebook-Gruppe zum Thema hat inzwischen 260 Mitglieder.

Sam Atkins, Deutschstudent im Abschlussjahr und Mit-Initiator der Protestbewegung, hat in seinen vier Studienjahren in Bristol jedes von Simon angebotene Seminar belegt. „Ich bin von ihrer Fähigkeit beeindruckt, mittelalterliche Themen mit Fragen zu verbinden, die das moderne Deutschland betreffen. Wenn jemand Studenten für Mittelalterstudien begeistern kann, dann Dr. Simon!“ Das Argument des geringen Interesses von Studenten sieht er durch die Empörung seiner Kommilitonen widerlegt.

Trotz der bisher ausbleibenden Reaktion des Direktors der Faculty of Arts versucht Simon auch weiterhin alles, um ihren Arbeitsplatz behalten zu können. „Ich genieße die Arbeit am German Department sehr und habe stets mein Möglichstes für meine Studenten und die Universität getan. Ich habe vor, diesen Weg bis zum Ende zu gehen. Keine Institution sollte das Recht haben, ihre Angestellten so zu behandeln.“ (Ien)

Kleine Schwester der Bent Bar

Kneipenkritik 67: Frollein Bent

Nein, es handelt sich bei „Frollein Bent“ nicht um eine altbackene Jungfer mit Spitzenkragen, die ein Café mit selbstgebackenen Kuchen betreibt. Das Frollein Bent ist die zweite Bar von Milan Nesin und Matthias Schallies, den Inhabern der Bent Bar. Sie befindet sich in unmittelbarer Nähe der Bent Bar am Neckarmünzplatz. Das Frollein kommt zwar längst nicht so stylisch daher wie ihr großer Bruder, ist dafür aber richtig gemütlich. Der hauptsächlich mit Original-Möbeln aus den 60er und 70er Jahren bestückte Raum bietet ungefähr 15

Personen Platz zum Sitzen. Hier kann man ungestört ein Astra – Hamburger Kultbier – trinken und sich unterhalten. Die Wohnzimmeratmosphäre wird durch die alten Bravos, die zum Schmökern und Schmunzeln einladen, abgerundet. Barkeeper Adrian erklärt, warum das Frollein im Juni dieses Jahres eröffnet wurde. Viele Gäste der Bent

Bar hätten gefragt: „Mensch, der Kaffee ist so lecker, warum macht ihr nicht auch nachmittags auf.“ Die auf Cocktails spezialisierte Bent Bar hat aber nur abends geöffnet. So bot sich der freie Raum in nächster Nähe an. Im Frollein Bent kann man nun schon nachmittags Kaffee trinken. Außerdem gibt es einen Außenbereich, wo die Gäste im Sommer die selbst gemachte Limonade probieren und abends mit Bier anstoßen können. Es gibt zwar nur zwei Cocktail-Klassiker auf der Karte, diese sind jedoch genauso



gut wie in der Bent Bar. Auch bei den Biersorten gibt es nicht allzu viel Auswahl. Ansonsten bietet die Getränkekarte eine große Auswahl frischer Säfte und Kaffeekreationen. Die Preise unterscheiden sich nicht von denen anderer Bars in Heidelberg, das Glas Merlot für fünf Euro sprengt jedoch das Budget jedes Studenten. (kwe)

Personen Platz zum Sitzen. Hier kann man ungestört ein Astra – Hamburger Kultbier – trinken und sich unterhalten. Die Wohnzimmeratmosphäre wird durch die alten Bravos, die zum Schmökern und Schmunzeln einladen, abgerundet. Barkeeper Adrian erklärt, warum das Frollein im Juni dieses Jahres eröffnet wurde. Viele Gäste der Bent

Weniger Nahverkehr

Fortsetzung von Seite 1: Linie 32 auf der Kippe

Doch nicht nur die Buslinie 32 soll gestrichen werden. Das Gutachten der TTK schlägt auch eine Streichung der Linie 30 vor, da sie zwischen Bismarckplatz und Rathaus/Bergbahn parallel zur Linie 33 fährt. Sparmann erkennt an, dass dadurch eine Verschlechterung für den Tourismus entsteht, gibt jedoch keinen Lösungsvorschlag.

Ein weiteres Beispiel für den Parallelverkehr ist die Buslinie 29, die zwischen dem S-Bahnhof Weststadt/Südstadt und Rohrbach Süd parallel zu den Straßenbahnlinien 23 und 24 fährt. Sie soll künftig nur noch zwischen Rohrbach Süd und dem Boxberg fahren.

Da die Linie 24 außerdem künftig bereits an der Haltestelle Ortenauer Straße enden soll, müssen Fahrgäste, die vom Boxberg zum Bahnhof fahren wollen, nun zweimal umsteigen. Dies wurde heftig im Gemeinderat diskutiert und als unzumutbar bezeichnet. Der Gutachter bot jedoch auch hierfür keine Lösung an.

Auch im Schienenverkehr soll es Einschränkungen geben. So soll beispielsweise die Linie 21 wegfallen. Dafür sollen zu den Hauptverkehrszeiten Ersatzlinien fahren, jedoch nur in der Richtung, in der die meisten Menschen zu der Tageszeit fahren.

Diese neue E-Linie führe vormittags vom Bismarckplatz über den Hauptbahnhof und die Berliner Straße zum Hans-Thoma-Platz, dann über Neuenheim zurück zum Bismarckplatz. Nachmittags ver-

kehre die E-Linie in gegenläufiger Richtung.

Zusätzlich soll es eine Expressbahn zwischen Leimen und Technologiepark und einen Expressbus zwischen Ziegelhausen und dem Neuenheimer Feld geben. Diese sollen jedoch nicht regelmäßig fahren.

Doch was sind die Gründe für die hohen Verluste im Heidelberger Nahverkehr? Ein wichtiger Grund für das HSB-Minus ist laut Sparmann der auf vielen Teilstrecken vorhandene Parallelverkehr von Bahnen und Bussen, der eine geringere Auslastung zur Folge habe und unnötig viel Personal erfordere.

Auch sei unter anderem das zu umfangreiche Fahrplanangebot schuld daran, dass die Heidelberger Busse und Bahnen geringere Erlöse und Auslastung erzielen als in Mannheim und Ludwigshafen. So verdient die RNV in Mannheim pro gefahrenem Kilometer 5,67 Euro, in Ludwigshafen 4,15 Euro und in Heidelberg lediglich 3,90 Euro.

Außerdem sind nach Angaben des Verkehrsingenieurs und Gutachters die hohe Taktichte und die S-Bahn mit ihren sieben innerstädtischen Haltestellen mit schuld an den Verlusten im Heidelberger Nahverkehr.

Inwieweit die Vorschläge des Gutachtens umgesetzt werden, wird nun in verschiedenen Gremien diskutiert. Am 17. März 2011 soll eine Entscheidung fallen. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt frühestens Mitte 2011. (rdf)

Kommentar

von Benjamin Jungbluth

Die HSB muss sparen. 30 Millionen Euro Verlust sind auf Dauer sicherlich existenzbedrohend für ein, zumindest teilweise, gemeinwohlorientiertes Unternehmen. Aber da fängt die Problematik auch schon an. Der ÖPNV ist nun mal kein rein gewinnorientiertes Projekt. Er soll vor allem denjenigen Bürgern Mobilität bieten, die sich kein eigenes Auto leisten können. Und er soll allen anderen helfen, auf möglichst viele Autofahrten zu verzichten. Dafür erhält die HSB als städtischer Betrieb ohnehin (Steuer-) Gelder der Stadt. Eine Einsparung durch eine Verringerung des Angebots kann also die Schulden sicherlich reduzieren. Aber gleichzeitig erfüllt die HSB ihren eigentlichen Zweck damit nur noch eingeschränkt. Vielleicht könnte man einige der Probleme auch durch gesteigerte Effizienz lösen. Wenn endlich einmal die wartenden Fahrgäste von den Fahrern darüber informiert würden, dass gleich noch ein leerer Zusatzbus kommt, würden sich selbst subjektive Studenten nicht in den überfüllten Bus drängen.

Stadt spendiert Semesterticket

Gemeinderat beschließt neue Steuer, aber auch Belohnung

Die Stadt will neue Studenten belohnen, wenn sie Heidelberg zu ihrem Erstwohnsitz machen. Doch die Details sind unklar.

Jetzt bekommt Heidelberg doch beides: eine auf Studenten erweiterte Zweitwohnungssteuer und eine Belohnung für alle, die Heidelberg zu ihrem Erstwohnsitz machen. Bislang sollten Studenten in Zukunft ausschließlich über eine Steuer zum Ummelden motiviert werden (siehe ruprecht 128). Vergangene Woche hat die Mehrheit im Gemeinderat jedoch auch ein neues Anreizsystem beschlossen. Demnach erhalten alle Studenten, die zum kommenden Sommersemester ihren Erstwohnsitz in Heidelberg anmelden, dafür einmalig ein Semesterticket geschenkt. Genaue Details kann die Stadtverwaltung aber noch nicht nennen.

Die neue Belohnung soll die ausgelaufene „Aktion Heimvorteil“ ersetzen. Diese war nach Angaben der Stadt zu teuer. Eigentlich hatte die Verwaltung deshalb beschlossen, kein neues Anreizsystem zu schaffen. Stattdessen wollte die Stadt

den Druck auf die Zweitwohnsitz-Studenten erhöhen, indem das Nichtummelden mit einer auf Hochschüler ausgeweiteten Steuer bestraft werden sollte.

Diese Zweitwohnungssteuer gilt ab dem 1. Januar 2011. Ab diesem Stichtag müssen Studenten, die im Stadtgebiet eine Wohnung haben, diese als Erstwohnsitz bei ihrem Bürgeramt anmelden. Andernfalls erhebt Heidelberg eine Abgabe in Höhe von acht Prozent der jeweiligen Nettokaltmiete. Bislang galt diese Regelung kaum für Studenten, da in der bisherigen Verordnung beide Wohnungen „vollwertig“ sein, also Küche und Bad enthalten mussten, um besteuert zu werden. Der Stadtverwaltung zufolge konnten Hochschüler diese Regelung einfach umgehen, wenn sie neben ihrer Heidelberger Wohnung nur ein Zimmer bei ihren Eltern bewohnten. Ab 2011 gibt es diese Ausnahme nicht mehr.

Gleichzeitig will Heidelberg seine Studenten aber auch belohnen. Ähnlich wie in Mannheim sollen Ummeldewillige einmalig ein Semesterticket erhalten. Damit folgte der Gemeinderat einem gemeinsamen

Antrag von Generation HD, GAL, Grünen und SPD. Der Beschluss gilt allerdings nur für das Sommersemester 2011. Ob die Aktion danach fortgesetzt wird, ist noch nicht entschieden.

Zudem sind einzelne Details der neuen Regelung noch unklar. Die Stadtverwaltung konnte bis Redaktionsschluss keine Auskunft darüber geben, ob beispielsweise bereits in Heidelberg gemeldete Studenten auch einen Anspruch auf ein Semesterticket haben könnten.

Außerdem gilt die neue Steuer bereits ab dem 1. Januar. Das Sommersemester 2011 beginnt an der Uni Heidelberg jedoch erst am 1. März. Ob bislang nicht gemeldete Studenten, die sich noch vor Einführung der neuen Steuer ummelden, daher auch einen Anspruch auf ein Ticket haben, ist ebenfalls unklar. „Die genauen Details müssen von der Verwaltung jetzt erst noch ausgearbeitet werden. Letztlich können wir im Moment nicht viel mehr sagen, als dass der Gemeinderat diese Regelung ‚zum Sommersemester‘ beschlossen hat“, erklärte Pressesprecherin Claudia Kölbl auf Anfrage. (bjü)

Die Halle bleibt!

Nach jahrelangem Zittern ist es nun endlich entschieden. Die Stadt will die Gebäude um den Güterbahnhof aufkaufen und den Ende 2010 auslaufenden Mietvertrag für die Halle02 verlängern. Der Kaufpreis für die Grundstücke muss allerdings noch zwischen der Stadt Heidelberg und der Entwicklungshilfe Heidelberg verhandelt werden.

Der Inhaber der Halle, die Agentur Atelier Kontrast, kann nun durch den verlängerten Vertrag langfristig Programme, Ausstellungen sowie Veranstaltungen planen. Die Halle soll zwar als Ganzes in die neu gebaute Bahnstadt integriert werden, allerdings mit einem anderen Konzept: Große Konzerte und Veranstaltungen mit mehr als 1000 Besuchern soll es wegen der ringherum geplanten Bürohäuser und Labore des Campus II nicht mehr geben. Die Halle will sich nun mehr in Richtung Gastronomie verändern. Weitere Ideen werden jedoch noch erarbeitet. Ein endgültiges Konzept wird voraussichtlich im kommenden Jahr fertig sein. Die Inhaber sind nach eigenen Angaben dennoch bemüht, möglichst viele Elemente der Halle zu erhalten. (gfu)

Schnell ummelden!

Nach dem Umzug geben einem die Behörden eine Woche Zeit, um zum Einwohnermeldeamt zu gehen und den geänderten Wohnsitz mitzuteilen.

Bürokratie kann nerven. Schnell werden so aus einer Woche zwei, oder drei oder vier – wen kümmern schon die nicht zugestellten GEZ-Briefe? Alle, die erst vor kurzem nach Heidelberg gezogen sind und so ähnlich denken, sollten als Frist den 27. Dezember 2010 ins Auge fassen. Denn nur wer bis dahin seinen Hauptwohnsitz in Baden-Württemberg anmeldet, darf noch bei der kommenden Landtagswahl am 27. März 2011 seine Stimme abgeben. Ummelden kann man sich in den Heidelberger Bürgerämtern. Auch ein Formular für die Ummeldung lässt sich auf der offiziellen Internetseite ausdrucken, das man aber persönlich vorbeibringen muss. Für die Chance, die Zukunft seiner neuen Heimat mitzugestalten, sicherlich kein Hindernis. (etr)

Adressen und Öffnungszeiten der Bürgerämter:
www.heidelberg.de
Rubrik Bürgerservice

Bären-Treff®
Der Fruchtgummi-Laden
Heidelberg • Hauptstr. 144
Tel. u. Fax 06221/164209

Fröhliche Weihnachten!

www.baeren-treff.de heidelberg@baeren-treff.de

UNISHOP HEIDELBERG

aktuell unishop heidelberg

www.unishop.uni-hd.de

Kai Ortlieb
Buchbinderei
Bildeinrahmungen
Meisterbetrieb

- Bindungen von Diplom-, Magister-, Doktorarbeiten etc.
- Binde-Schnelldienst
- Digitaldruck in s/w und Farbe

Wieblinger Straße 21 - 69214 Eppelheim
Telefon + Fax 0 62 21/76 94 21
Mobil 01 72/7 25 08 76
service@ortlieb-buchbinderei.de
www.ortlieb-buchbinderei.de

Medienmasche Nanotechnologie

Wie Gentechnik als Nanotechnologie präsentiert wird

Die deutschen Medien reden vom „Nano-Hype“, während es für die Gentechnik gleichzeitig Kritik hagelt. Aber was, wenn „Nano“ und „Gen“ viel miteinander gemeinsam haben? Dann wird das eine mit dem anderen verwechselt. Manchmal auch absichtlich.

Nanotechnologie wird von Politikern, Forschern und Industrie als die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Sie befasst sich mit den Wechselwirkungen von künstlich hergestellten Partikeln, die kleiner als 50 Nanometer sind. Diese Größendimension umspannt die Ausmaße von größeren Molekülen bis hin zu einzelnen Atomen. Forscher fasziniert es, dass Stoffe wie Wasser oder Metalle neue und oft unvorhergesehene Eigenschaften zeigen, wenn sie auf Partikel dieser Größenordnung reduziert werden.

Innerhalb der Medien genießt die Nanotechnologie einen guten Ruf, im Gegensatz zu der Atomenergie oder der Gentechnik. Eine Studie des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zum Thema „Wahrnehmung der Nanotechnologie in der Bevölkerung“ zeigt, dass auch die Meinung innerhalb eines breiten Laienpublikums als relativ enthusiastisch zu bewerten ist.

Die Studie des BfR macht auch deutlich, dass die positive Wahrnehmung der Nanotechnologie mit einer mangelnden Aufklärung zum Thema einhergeht, ähnlich wie manche Abneigungen und Ängste gegenüber der Gentechnik von einer mangelnden Kenntnis der wissenschaftlichen Hintergründe herühren. Forschung und Industrie halten die positive Wahrnehmung

der Nanotechnologie für eine gute Grundlage, um eine fachgerichtete Aufklärung und Diskussion zu entfachen. Allerdings birgt das gute Image auch die Gefahr einer Verschleierung und Manipulation.

Das Besondere an der Nanotechnologie ist, dass sie als Fachrichtung sowohl in der Theorie als auch in der Praxis die Grenzen der naturwissenschaftlichen Disziplinen einreißt. Anwendungsgebiete umfassen Autolacke und Mikroprozessoren, Lebensmittelzusätze und Arzneimitteloptimierung, Gentherapie und Entwicklung von extrem belastbaren Materialien. An sich hat die Naturwissenschaft schon wesentlich früher Nanotechnologie betrieben, ohne sie so zu nennen. Die Wirkung eines jeden Medikaments im Körper findet im Nanomaßstab statt, doch erst das Aufkommen von leistungsstarken optischen Verfahren machte es möglich, diese Vorgänge im Mikrokosmos auch aufzulösen. Entscheidend für die Forscher heute ist also, dass sie viele bereits bekannte Prozesse nun aus einer feineren Perspektive wahrnehmen. Aus dieser Nano-Perspektive heraus ist es dann auch möglich, gezielter neue Erkenntnisse zu sammeln, sowie innovative Techniken zu entwickeln.

Als Tausendsassa bildet die Nanotechnologie daher Überlappungen



Die Nanotechnologie wird in den Medien positiv dargestellt, trotz inhaltlicher Überlappungen mit der Genetik.

mit der Chemie, der Physik oder der Molekularbiologie, wodurch manche ihrer Aspekte nur ein Haarbrett von der Gentechnik entfernt sind. Unter Gentechnik fällt ein breites Spektrum an molekularbiologischen Methoden, mit denen Forscher gezielt das Erbgut DNS und die aus ihnen entstehenden Proteine markieren, isolieren, verändern, manipulieren und synthetisieren. DNS und Proteine sind beides Moleküle, die von ihrer Größe in den Nanobereich einzustufen sind. Außerdem hat sich die Molekularbiologie soweit entwickelt, dass sie mittlerweile anfängt, künstlich hergestellte Proteine und DNS – oder Nanopartikel – als Werkzeuge einzusetzen, anstatt wie früher ausschließlich mit in biologischen Systemen vorkommender DNS und Proteinen zu arbeiten.

In Anbetracht dieser inhaltlichen Überschneidungen stellt sich nun die Frage, ob nicht das positive Image der Nanotechnologie genutzt werden kann, um wissenschaftliche Inhalte zu vermitteln, die früher unter Gentechnik gefallen wären. Für die Präsenz von Gentechnik in den Medien wäre diese Umetikettierung zweifelsohne ein Gewinn,

doch wird diese Taktik auch angewendet?

Medien, die an ein breites Publikum gerichtet sind, fokussieren sich oft auf die Bandbreite der Anwendungsmöglichkeiten, wobei die Schnittstellen zwischen Biologie und Nanotechnologie nur selten Erwähnung finden.

Bei PR-Artikeln von Biotechfirmen oder Pharmakonzernen sieht es da schon anders aus. Ein beliebtes Thema ist eine Form der Krebstherapie mit sogenannten Nanocarriern. Bei diesen Nanocarriern handelt es sich um kleine Pakete, die natürlich vorkommenden Transporteinheiten von Zellen nachempfunden sind und deswegen besonders leicht in jene Zellen einzudringen vermögen. Verschwiegen wird jedoch, dass die in den Nanocarriern geladenen Wirkstoffe meist gezielt gegen die DNS und RNS der Tumorzellen, sprich ihr genetisches Profil gerichtet sind. Moderne zielgerichtete Krebstherapie ist daher von der Genetik nicht zu trennen. Bayer-Schering, das umsatzstärkste deutsche Pharmaunternehmen, sowie Boehringer Ingelheim mit dem zweithöchsten Umsatz in Deutschland investieren beide in diese Technik.

Eine dreistere Verschleierung findet sich bei Sanofi-Aventis, eines der umsatzstärksten Pharmaunternehmen der Welt. Dort wird in einem Artikel über Nanomedizin eine Technologie beschrieben, mit der Sanofi-Aventis es geschafft habe, das Herzgewebe von Patienten mit Herzklappenmissbildungen nachwachsen zu lassen, indem sie die körpereigenen Zellen zur Regeneration anregen. Allerdings handelt es sich bei dieser wissenschaftlichen Methodik nicht um Nanotechnologie, sondern um Epigenetik – einer Spielart der Genetik. „Hinter dem rasanten Wachstum der Nanotechnologie erkennt man unschwer eine Umbenennung etablierter Forschungsfelder“ schreibt auch der Philosoph Joachim Schummer in seinem Essay „Vormoderner Populismus im futuristischen Gewand“. Der Essay erschien im *Spiegel*. Inwiefern diese Umbenennung in den Medien quantitativ zu einer Verschleierung von verruchten Forschungsfeldern wie der Genetik benutzt wird, ist bisher kaum erforscht. Überhaupt ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Nanotechnologie noch viel zu wenig verbreitet. (xmu)



Foto: Greenpeace

Wissenschaftliche Inhalte sind weniger das Problem als das Wort „Gen“.

Blutspendezentrale Heidelberg
Im Neuenheimer Feld 583 - Technologiepark -

IKTZ

Fürs Leben gerne Blutspenden

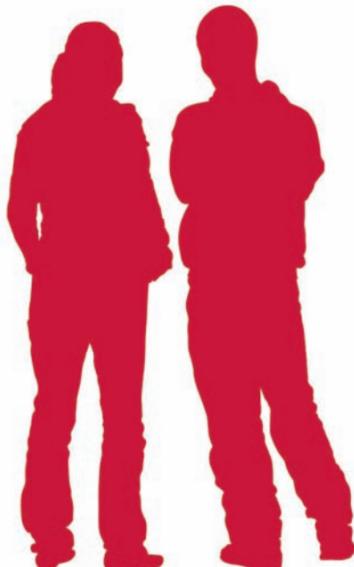
Spenden Sie zum ersten Mal bei uns?

Kommen Sie bitte mit einem gültigen Ausweis bis spätestens eine Stunde vor Spendenschluss, damit wir Sie umfassend und in Ruhe informieren können.

Spendezeiten:

Montag	8:00 - 12:00 Uhr	13:00 - 16:00 Uhr
Dienstag	-	13:00 - 18:00 Uhr
Mittwoch	8:00 - 12:00 Uhr	13:00 - 16:00 Uhr
Donnerstag	-	14:00 - 19:00 Uhr
Freitag	8:00 - 12:00 Uhr	13:00 - 16:00 Uhr
Samstag	(immer am 2. Samstag des jeweiligen Monats) 09:00 - 13:00 Uhr	

www.iktz-hd.de oder **650 510**



**Hochschulteam -
nächste Infoveranstaltungen**

**09.12. Studium und kein Abschluss:
Berufschancen ohne Examen**
ZSW Uni HD und HS-Team AA HD
Seminarzentrum D2, Bergheimerstr. 58,
Gebäude 4311, 16:00 Uhr s.t.

**14.12. Der internationale Arbeitsmarkt
für Akademiker**
Franziska Bender,
Auslandsvermittlung Stuttgart
Neue Uni, HS 03, 18:00 Uhr

15.12. Check der Bewerbungsunterlagen
Ort: AA HD - nur mit Anmeldung!

E-Mail: Heidelberg.Hochschulteam@arbeitsagentur.de
www.arbeitsagentur.de



Bundesagentur für Arbeit

„Wir sind Bürger des Euro-Raums“

Martin Selmayr über die Zukunft der Europäischen Währungsunion

Martin Selmayr ist der Kabinettschef von Vivian Reding, der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Er hat in Passau über die Grundlagen der Europäischen Währungsunion promoviert. Das Gespräch führte Max Mayer.

Irland hatte lange behauptet, keine Hilfen aus Brüssel zu benötigen. Warum sind sie jetzt doch unter den Rettungsschirm geschlüpft?

Irland hatte dafür nicht dieselben Gründe wie Griechenland. Das Land hatte über Jahre hinweg seine Staatsfinanzen in Ordnung und war eine der wettbewerbsfähigsten europäischen Nationen. Auf den ersten Blick ist es fast absurd, dass Irland jetzt um Hilfe aus dem EU-Rettungsschirm nachsuchen muss.

In Irland ist aber das Bankensystem in großen Schwierigkeiten. Die Banken sind unterkapitalisiert – hier zeigt sich, dass die Finanzmarktkrise keine Wirtschaftskrise sondern eine Bankenkrise ist. Irland braucht viel Geld, um die systemrelevanten Banken zu retten. Wir haben einen internationalen Konsens auf der Ebene der G20 und in ganz Europa, dass systemrelevante Banken gerettet werden, dass man es nicht zu einem zweiten „Lehman Brothers“ kommen lässt.

Das erfordert aber einen Kapitalbedarf, den Irland aus seinem Haushalt alleine nicht aufbringen kann. Die Hilfe, die jetzt aus dem Euro-Rettungsschirm erfolgt, ist also vor allem eine Hilfe an Irland, um seine Banken wieder zu stabilisieren.

Einige Kommentatoren zweifeln daran, dass der Euro-Rettungsschirm nach Irland gegebenenfalls auch noch Portugal und Spanien auffangen könnte.

Der Euro-Rettungsschirm umfasst ein Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro. Das ist kein Pappentier. Das reicht aus, um in Europa sechs, sieben Staaten zu retten, falls es notwendig wird. Wir gehen davon aus, dass es dazu nicht kommen wird. Viele Staaten brauchen nicht alles Geld aus dem Schirm, sondern nur das Vertrauen der Finanzwelt, dass hinter ihnen der Rettungsschirm steht.

Wenn man weiß, dass das Land am Ende nicht bankrott geht, sinkt die Risikoprämie sofort, das heißt die Gewinne, die man mit kurzfristigen Investitionen in entsprechende Staatspapiere tätigen kann, sinken. Das ist der Sinn des Euro-Rettungsschirms.

Bei der Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat man darauf verzichtet, auch die Wirtschaftspolitik der Euro-Staaten unter europäische

Kontrolle zu stellen. Warum hat man nicht mit solch einer Krise gerechnet?

Anfang der 1990er Jahre gab es einen starken Glauben an den Markt und an die Kraft des Rechts. In den letzten 15 Jahren hat sich herausgestellt, dass das nicht in allen Punkten berechtigt ist. Das Recht kann verletzt werden, das haben wir bei der Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch Deutschland und Frankreich Anfang 2002, 2003 und 2004 gesehen. Und wir haben jetzt in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise gesehen, dass die Märkte nicht immer rational funktionieren.

Wie sollte Europa nun reagieren?

Man sollte die jetzige Krise als Chance für einen Neuaufbruch sehen. Wir müssen uns in Europa Klarheit darüber verschaffen, was die europäische Währungsunion ist. Ist sie nur ein loser Zusammenhang von Staaten, die eine gemeinsame Währung teilen, aber sonst machen können, was sie wollen oder ist der Euro-Raum zugleich eine Schicksalsgemeinschaft, dessen Mitglieder füreinander einstehen und alle nach denselben Regeln spielen müssen?

Es wird sich zeigen, ob Europa am Ende durch die Euro-Krise vielleicht zu einem europäischen Bundesstaat werden oder ob es auseinanderfallen wird. Beide Varianten sind in diesen Tagen denkbar.

Wie müsste die Währungsunion angepasst werden?

Die Währungsunion muss in ihrem monetären Pfeiler unverändert bleiben: eine stabile Europäische Zentralbank, die auf Preisstabilität fokussiert ist. Das hat in den vergangenen zwölf Jahren gut funktioniert. Sie müsste aber in ihrer ökonomischen Komponente, dem Teil der sogenannten Wirtschaftsunion, massiv gestärkt werden. Da mangelt es an Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten. Es kann nicht sein, dass sich in einem Mitgliedsstaat eine Blase am Immobilienmarkt aufbaut, ohne dass das in den anderen Mitgliedsstaaten bemerkt wird.

Wir brauchen ein einheitliches Europäisches Statistikgesetz, denn statistische Daten sind die Grundlage unserer wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit. Und wir brauchen eine scharfe Durchsetzung der fiskalpolitischen Grundregeln der Europäischen Union, das heißt, es



Foto: Privat

muss scharfe Sanktionen zur Folge haben, wenn ein Mitgliedsstaat sich übermäßig verschuldet.

Wünschenswert wäre, dass jeder Mitgliedsstaat in seine nationale Rechtsordnung eine Schuldenbremse aufnimmt, wie das Deutschland gemacht hat.

Der EU-Vertrag verpflichtet die Staaten bereits, ihr Staatsdefizit unter drei Prozent zu halten. Ist das keine Schuldenbremse?

Leider nicht. Über diese Regel wacht und sanktioniert der Europäische Rat, also die Minister der Mitgliedsstaaten. Das heißt hier richten Sünder über Sünder. Das ist keine sinnvolle Lösung von Zielkonflikten in der Wirtschaftspolitik geworden.

Wie lassen sich diese Korrekturen umsetzen?

Es gibt zwei Ansätze. Der eine ist ein systemimmanenter Ansatz. Da versucht man, die jetzige Krise auf Basis des Lissabon-Vertrages zu lösen. Der enthält zahlreiche neue Vorgaben und Mechanismen, um solche Situationen wie die jetzige zu bewältigen. Er betont unter anderem in Artikel 122 des AEU-Vertrags die gegenseitige Solidarität der Vertragsstaaten, und er ermöglicht eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Euro-Staaten, Artikel 136 AEUV. Aus Sicht der Europäischen Kommission geht es darum, das Potential dieser neuen Vorschriften auszuschöpfen.

Was wäre die Alternative?

Die Alternative wäre, die Europäische Währungsunion jetzt von Grund auf zu überholen. Damit müsste man aber einen Vertrag ändern, der von den 27 Mitgliedsstaaten gerade erst ratifiziert worden ist. Das hat zehn Jahre gedauert! Falls wir für eine Vertragsreform wieder zehn Jahre brauchen, gibt es den Euro bis dahin nicht mehr.

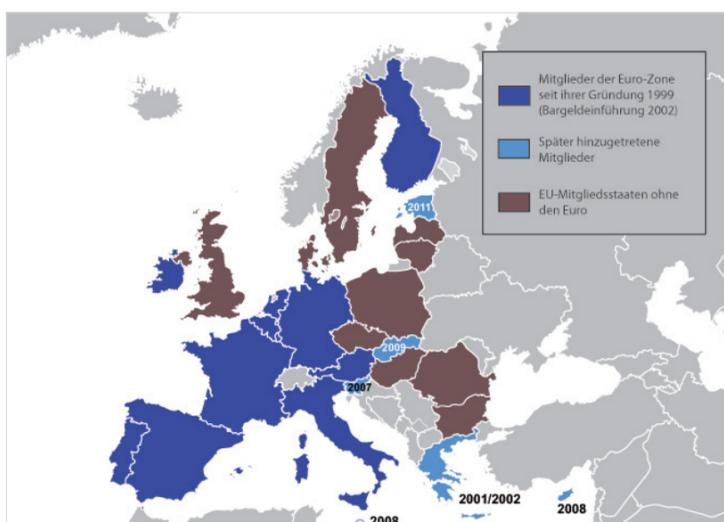
2013 laufen der Euro-Rettungsschirm und die Griechenland-Hilfen aus. Dann stehen wir vor der Entscheidung: Schaffen wir es, einen dauerhaften Krisenmechanismus zu etablieren und diese Staaten dauerhaft zu stabilisieren, oder wollen wir mit einer anderen

Währungsunion oder auch ohne den Euro leben?

In Deutschland ist der Euro nicht sehr beliebt.

Ja, obwohl er die stabilste Währung ist, die Deutschland je hatte. Die Inflationsrate des Euro liegt weit unter der Inflationsrate der Deutschen Mark. Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine beispielhafte Periode der Stabilität und des Wachstums erlebt. Es ist wirtschaftlich und außenpolitisch nur von Freunden umgeben. Diese Leistungen werden nicht genug anerkannt. Manche denken nur, wir müssten schon wieder irgendwelche „Pleite-Griechen“ oder „Pleite-Iren“ finanzieren, wie das die BILD-Zeitung immer wieder schreibt.

Das ist eine verkürzte Betrachtungsweise. Wer in Europa Teil der Währungsunion ist, ist eben nicht mehr nur Ire, Grieche oder Deutscher. Wir sind alle miteinander verflochten. Deutschland exportiert 43 Prozent seiner Waren in den Euro-Raum. Und wir bekommen hier natürlich Entsprechendes zurück. Die Griechenland-Hilfen kosten Deutschland zur Zeit etwa acht Milliarden Euro. Wir exportieren jedoch mehr als 380 Milliarden in den Euro-Raum. Das muss man ins Verhältnis setzen um zu sehen: Wir sind alle Bürger des Euro-Raums und eigentlich nicht mehr Deutsche, Iren und Griechen. ■



Die Mitgliedsstaaten der Euro-Zone.

Grafik: Kolja21/mma

TANZFESTIVAL 7

TANZ PERFORMANCE WORKSHOP

11.-16.12.

physical virus collective
pvc
tanz freiburg heidelberg

TanzFestivalPass!
für alle Tanzveranstaltungen & Workshops
für Studenten nur 20,- €!

www.theater.heidelberg.de | Theaterkasse 06221.5820000 / 4332212

THEATERKINO & OPERNZELT jetzt auch bei facebook

BRUDER BRÜDER • Foto Maurice Korbel

Böse Miene zum guten Spiel

Perry O'Parson spielen Musik, die von tief drinnen kommt

Die vierköpfige Band aus Karlsruhe zeigt auf ihrem Album „Borderline & Field“, dass melancholische Musik nicht nur von gebrochenen Herzen erzählen kann. Sechs eindrucksvolle Lieder zwischen unbändiger Freude und tiefer Verzweiflung.

Ein erhelltes Zimmer mitten in der Dunkelheit der Nacht. Ein Mann. Eine Gitarre. Dazu Scotch, eine Schachtel Kippen und ein Kopf voller Eindrücke und Melodien einer durchzechten Nacht. Textfetzen im Sinn, aufgewühltes Inneres. Neo-Folk, Singer/Songwriter, Emo-Rock – wie auch immer man die Lieder von Perry O'Parson einordnen mag: sie entspringen Erlebnissen und Gedanken eines Künstlers, aus dem die Töne heraus-sprudeln, um mit der Welt um ihn herum umgehen zu können und um zu verarbeiten. „Musik ist Medizin“, meint Sänger Marcel Gein und trifft damit den Nagel auf den Kopf.

Der 24-jährige war oft alleine, und hat gelernt, die Stille und die Einsamkeit zu genießen. Der erste Track der EP, „A Cage Full of Apes“, beschreibt das vorzüglich: Der Erzähler sitzt im Freien, die Mundharmonika im Mund, und betrachtet die Sterne, während die anderen drinnen feiern. „Borderline and Field“: nicht weit nach Frankreich, der Wind säuselt durch den Mais; für Marcel ein Stückchen Heimat und Titel der EP.

Einige Lieder klingen traurig, sind es aber nicht, wie etwa „From here on blind“. Die raue Stimme,

der leichte 3/4-Takt und die Assoziationen der Bilder lassen einen faden Beigeschmack mitschwingen, dabei beschreibt der Text einen schönen Moment: sich treiben zu lassen, die Zeit mit Freunden zu verbringen und die Lebensfreude zurückzugewinnen. Ein kleiner Schuss Weltschmerz durchzieht selbst die fröhlichsten Lieder von Perry O'Parson.

Während viele Texte vage bleiben, ist der letzte Song sehr konkret. „Ventilation“ beschreibt ein erdrückendes Thema – das Abschalten des Beatmungsgeräts bei einem Sterbenden. Blasebalgartig schiebt sich die Mundharmonika zwischen die pulsierend-gezupften Töne der Gitarre. Das Schlagzeug (Simon Günther) beschränkt sich auf minimale Percussion, die E-Gitarre (Julian Bätz) bäumt sich zwischendurch gegen all das auf. Die musikalische Umschreibung einer ethischen Frage, die Perry O'Parson eindeutig und kunstvoll beantworten. Das Lied ist ein Moment der absoluten Klarheit zwischen dem sonstigen Hin- und Hergerissensein.

Die eindeutige Single auf „Borderline & Field“ ist „Soulmate“. Ruhiger beständiger Bass (Danny



Foto: Hannah Trenckle

Ihre ersten Aufnahmen entstanden noch im dunklen Keller, heute haben Perry O'Parson einen Plattenvertrag.

Klippel), eine Orgel, mehrstimmiger Gesang und am Ende ein Glockenspiel. Ein Balanceakt zwischen bodenloser Schwäche („It's not a crime to be weak and show it completely“) und einer Ode auf die Seelenfreundschaft („So quiet and never alone, you guaranteed it to your soulmate“). Feingeschliffen, prägnant und berührend, die goldene Mitte der EP.

Der Songwriter hat sich aus dem psychischen Loch ausgebuddelt, von dem das Vorgänger-Album „In our time of need“ zum Teil handelte, und schreibt weiter eindrucksvolle Songs. Doch der perfektionistische Anspruch führt manchmal dazu, dass er sich nicht genug traut und in Gewohntem verharret. Etwas mehr Experimentierfreude hätte das

Album noch runder und prägnanter machen können. Man wünscht sich einfach mehr, wenn der Song „Avalanche“ so schnell sein Ende findet.

Perry O'Parson wird oft in das Genre der amerikanischen Südstaaten-Musik eingeordnet. Leider (oder zum Glück) erinnert manch holpriger Satz auf Englisch daran, dass man es hier mit Deutschen zu tun hat. Insgesamt zeigt „Borderline & Field“ das Potential einer jungen Band, die noch lange nicht am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen ist. Man traut Perry O'Parson mehr Streubreite im Hinblick auf Instrumentierung und Songauswahl zu. Sechs Tracks sind wenig. Doch zeigt dies auch, dass es im Musikbusiness heißt: Zeit ist Geld. Jede Stunde im Studio muss

bezahlt werden. Das schlägt sich auf die Darbietung durch, ohne dass die Künstler wirklich etwas dafür könnten.

Songwriter Marcel Gein ist ein Grenzgänger zwischen Höhen und Tiefen und lässt die Hörer durch seine Gedanken und seine kraftvolle Stimme unmittelbar daran teilhaben. Er ist jetzt nach Mannheim umgezogen. Vielleicht gibt das neu bezogene Studenten-Zimmer schon bald Raum für verdeckte Empfindungen und musikalische Möglichkeiten. Neue Erfahrungen bringen neue Erkenntnisse. Bei Perry O'Parson fließen diese direkt in die Musik ein. „Borderline & Field“ ist ein weiterer großer Schritt auf dem musikalischen Pfad der vier Pfälzer. (mko)

Otto's Eleven



Foto: Warner Brothers

Otto probiert sich als Künstler und verdient sich was dazu.

Der Meister des Klamauks ist zurück: Vier Jahre nach „7 Zwerge – der Wald ist nicht genug“ kommt das ostfriesische Komiker-Urgestein Otto mit einem neuen Film in die Kinos, der eher an seine alten Klassiker erinnert. „Otto's Eleven“ – bereits der Titel ist eine Anspielung auf die amerikanische Actionkomödie „Ocean's Eleven“. Eine Parodie aber sollte der Film nicht werden. Allerdings geht es auch hier um einen Einbruch in ein Casino.

Und das kommt so: Otto führt zusammen mit vier Freunden auf einer winzigen Insel ein glückliches Leben. Sie leben vom eher mäßigen Fremdenverkehr, den sie mit selbstgedrehten Werbefilmen ankurbeln wollen. Zumindest einen locken sie damit an: den Casino-besitzer Jean du Merzac (Sky du Mont). Der kommt jedoch nicht aus Vergnügen auf die Insel, sondern hat im Werbefilm ein wertvolles Gemälde entdeckt, das ihm noch zu einem Bilderzyklus fehlt. Also reist er auf die kleine Insel, um dort das Bild – ein altes Erbstück – zu stehlen, dessen wahren Wert Otto nicht einmal erahnt. Doch die fünf Freunde fassen einen Plan:

Gemeinsam wollen sie das Bild zurückholen!

Im Casino von Bad Reibach werden sie zum ersten Mal mit der Welt der Schönen und Reichen konfrontiert und stoßen auf unerwartete Schwierigkeiten.

Allerdings finden sie nach und nach sechs weitere Mitstreiter, sodass Otto's Eleven schließlich vollzählig ist, und entwickeln einen geradezu genialen Plan. Denn Reporterlegende Harry Hirsch reist an, um den Zyklus zu filmen, und das kommt ihnen gerade recht.

Der Zuschauer erfährt daraufhin auch, wie Harry Hirsch einen Doppelgänger bekommt, was der Papst bei „TV egal“ macht, wieso sich eine vierköpfige Panflötenkombo und ein Geisterjäger bei einer alten Dame im Keller einmieten, und ob es Otto und seinen Freunden schlussendlich gelingt, das Bild zurückzuholen. Keiner der Schauspieler bietet hier irgendetwas neues, doch Otto schafft es trotzdem zu unterhalten. Fans werden deshalb begeistert sein. Wer dagegen bisher nichts mit Otto anfangen konnte, wird sich auch für diesen Film nicht erwärmen können. (mab)

Ein gutes Herz

Der misanthrope, verbitterte Barbesitzer Jacques (Brian Cox) teilt sich mit dem jungen Obdachlosen Lucas (Paul Dano) ein Krankenzimmer. Nach seinem fünften Herzinfarkt beschließt er, seinen Zimmergenossen zu seinem Nachfolger zu machen. Der ist gerade wegen eines Selbstmordversuchs eingeliefert worden.

Doch in der alten New Yorker Bar sind Fremde allgemein nicht gern gesehen. Zwar müssen nur einige wenige, trinkfreudige Stammgäste bewirtschaftet werden, aber auch das will gelernt sein. Da das Wichtigste in Jacques Leben seine Bar ist, hat er ganz eigene Vorstellungen, wie man die führen muss. Der gutmütige Lucas wird von seinem Mentor ganz und gar verändert, denn für Jacques gibt es nur eine Meinung: seine. Das es so nicht weitergehen kann, ist klar. Eines Tages verstößt Lucas gegen eine von Jacques goldenen Regeln, die besagt, dass Frauen in der Bar nichts zu suchen haben. Doch Lucas bringt es nicht übers Herz die junge Frau, die völlig aufgelöst in der Bar auftaucht, rauszuwerfen. Stattdessen heiratet er sie. Das bleibt nicht ohne Konsequenzen. Jacques und Lucas sind zwei gescheiterte Existenzen.

Der erste englischsprachige Film des isländischen Regisseurs Dagur Kári überzeugt durch eine außergewöhnliche, unreal wirkende Figurenkonstellation. Die Verbindung von überzeichneten Charakteren mit derbem Sarkasmus, den man durchaus mögen muss, entlastet den Zuschauer von der eigentlichen Schwere der Handlung. Der Film ist unheimlich unterhaltend, regt aber auch zum Nachdenken an. Sein Titel „Ein gutes Herz“ ist dabei mehr als nur eine Metapher. (ska)

Tanz im Wohnzimmer

Aufführungen und Workshops beim 7. Tanzfestival

In Heidelberg findet vom 11. bis zum 16. Dezember das 7. Tanzfestival statt. Das pvc Tanzkollektiv Freiburg/Heidelberg gestaltet aber nicht nur Aufführungen zum Zuschauen, sondern auch Workshops zum Mitmachen. Gavin Webber, australischer Choreograph und Tänzer, welcher mit seiner Aufführung *Little Pig* im Tanzfestival zu sehen sein wird, vermittelt seine eigens kreierte Tanztechnik. Auch die ersten Schritte des Tangos können erlernt werden. Ein weiteres Angebot der Workshops ist „Parkour“. Hierbei wird die Stadt mit ihren Hindernissen, wie Treppen und Mauern, als Trainingsplatz genutzt. Profitänzer, aber auch Laien können teilnehmen. Wer den Tanz lieber aus dem Zuschauerraum betrachtet, kann auch ohne körperliche Initiative das

Tanzfestival besuchen. Ein Zyklus von Tanzstücken mit biblischem Thema, soll an die wichtigen Dinge des Lebens erinnern. So handelt beispielsweise das Stück *Bruder Bruder* von brüderlichem Zusammenhalt. Das Gastspiel *My Road Movies*, nominiert für den Stuttgarter Theaterpreis, befasst sich mit der Flüchtigkeit des Seins.

Mitten im alltäglichen Leben ist auch, wer an der Tanz-im-Wohnzimmer-Serie *Hit & Run* teilnimmt. Hier findet die Tanzperformance in einem Wohnzimmer statt. Der Ort wird erst beim Kauf der Karten bekannt gegeben. Tänzerische Unkonventionalität und ein interpretatives, offenes Inhaltskonzept, binden den Zuschauer aktiv mit ein und versprechen ein facettenreiches Tanzfestival. (ska, jok)

Realitätsfremde Ideen

Autor Wolf Wagner will die Universität retten

„Tatort Universität – Vom Versagen deutscher Hochschulen und ihrer Rettung“ titelt Wolf Wagners Buch. Die deutsche Universität produziere Betonköpfe, deren Diagnose „scheintot“ laute, prangert Wagner an und begibt sich deshalb auf Spurensuche nach Ursachen und Lösungen.

Leider bleiben Wagners „Ermittlungen“ oberflächlich und vage. Mit aufgeblähten Satzkonstruktionen und neuen Studienstrukturen, die jeglicher Realität entbehren, lässt sich jedenfalls keine Universität retten.

Beispielsweise schlägt Wagner vor, dass Studenten im ersten

Semester fachfremde Seminare und Vorlesungen besuchen sollten, um möglichst viele Methoden und Denkweisen kennenzulernen. Das Problem des organisatorischen Aufwands, der damit verbunden wäre, bleibt unbeachtet.

Die meisten anderen Ansätze bieten nichts Neues: Hochschulen sollen demokratisiert und für bildungsferne Schichten geöffnet werden. Anstatt sich durch „Tatort Universität“ zu quälen, sei deshalb jedem lieber der Tatort im Ersten empfohlen. (phs)

Tatort Universität
Klett-Cotta, 16,90 Euro

Im Land der Privilegierten

Wilhelm Tell erobert die moderne Schweiz - auf der Opernbühne

Mit einer Neuauflage der eidgenössischen Gründungsmythen versucht das Opernhaus Zürich eine Positionsbestimmung der Schweiz zwischen Moderne und Weltoffenheit einerseits und Heimatverbundenheit und Traditionsbewusstsein andererseits.

Von Helga Rietz
aus Zürich (Schweiz)

Auf dem Weg vom Stadelhofer Bahnhof zur Tonhalle gehört es um diese Jahreszeit fast schon zum vorkonzertlichen Zeremoniell, dass den Konzertgästen auf der Quaibrücke die stolze Tradition schweizerischer Kochkunst unausweichlich entgegenschlägt. Das geschieht in Form und Erscheinung der „Fonduetram“, einer zum Restaurant umgebauten Straßenbahn. Innen sitzt man ums Caquelon versammelt und kann zwar nicht heraus schauen – die Scheiben sind wegen der geschmolzenen Käsemassen stets beschlagen – darf dafür aber sicher sein, dass dem Fußvolk draußen die rollende Stinkbombe sicher nicht entgeht.

Das ist nicht die einzige Kuriosität, die der Gang über die Quaibrücke bietet: Rechter Hand liegt das Bauschänzli, auf dem seit Anfang November der Zirkus Conelli seine Zelte aufgeschlagen hat. Im Oktober stand am selben Platz noch ein mit blau-weißen Rauten gemustertes Zelt, aus dem unverkennbar bayrische Volksmusik dröhnte – und das von einer original Münchner Kapelle dargeboten. Auch die Serviermädels und die Dekoration werden jeden Oktober aus Bayern importiert, erklärt Urs Lingg, der Geschäftsführer des Bauschänzli. Damit findet in Zürich das vermutlich authentischste Oktoberfest der Welt statt. Nach München, natürlich.

Ein bisschen schizophren ist das schon, wie die Schweiz zwischen Weltoffenheit und mitunter fast feindselig zur Schau getragener Abschottung schwankt. Gerade hier in Zürich, wo sich Wirtschaft, kulturelles Leben und unübersehbarer Reichtum im Glanz des Importierten sonnen, während die SVP nebenher wieder mal die Abschaffung der Integration probt. Wenige Tage nach der Volksabstimmung zur „Ausschaffungsinitiative“ fächeln sich die liberalen Städter in den medialen Kommentarspalten noch

Luft zu: Ganz bestimmt hätte eine ähnliche Abstimmung in Deutschland, Frankreich oder Österreich ebenso viele Anhänger gefunden wie jetzt in der Schweiz. Die Gegner der Initiative hoffen jetzt, dass das Volksbegehren bei der Umsetzung im Parlament an Schärfe verliert. Denn die Forderung, straffällig gewordene Ausländer ohne Einzelfallprüfung sofort des Landes zu verweisen, kollidiert mit dem europäischen und dem Völkerrecht, so dass Nachbesserungen unumgänglich sind.

Inmitten der Nachbeben um die Abstimmung nähert sich in diesem Herbst eine Produktion des Opernhauses Zürich der Frage nach dem Seelenzustand der Schweiz. Seit Mitte November steht dort Giocchino Rossinis „Wilhelm Tell“ auf dem Spielplan, die inoffizielle Schweizer Nationaloper. Im Vorfeld der auch international viel beachteten Premiere wies Regisseur Adrian Marthaler auf das komplizierte Spannungsfeld hin, in dem sich eine zeitgenössische Inszenierung des Nationalepos bewegt. Man könne die Tell-Legende nicht einfach so als Geschichte erzählen – zumindest nicht in der Schweiz. Schließlich habe es die habsburgische Besatzung, vor deren Hintergrund sich das Drama entfaltet, so nie gegeben. Der Tell-Mythos ist nach heutiger Sicht eine Erfindung des beginnenden 16. Jahrhunderts, der legendäre Rütli-schwur geschichtswissenschaftlich längst „abgefrühstückt“.

Die habsburgischen Besatzer sind bei Marthaler denn auch finstere EU-Schergen in braun-grünen Bomberjacken, die sich unter dem Kommando sturer Bürokraten der Schätze des unterjochten Volks bemächtigen: eine riesige Packung Toblerone-Schokolade, dazu Appenzellerkäse, ein Goldbarren und goldene Uhrchen, selbstverständlich dürfen weder Taschenmesser noch Kuhglocke fehlen. Die EU als Unterdrücker der tapferen Schweizer? Das wäre ja noch schöner. Aus dem Publikum ist



Foto: Suzanne Schwiertz / Opernhaus Zürich

Die Zürcher Tell-Inszenierung stilisiert Schweizer Produkte zu Insignien von Heimat, Identität und Zusammenhalt.

Raunen und vereinzelt Lachen zu vernehmen. Es folgt die Geschichte von Romeo und Julia auf der Alm, in den Hauptrollen die habsburgische Prinzessin und ein tüchtiger Schweizer. Hier nehmen auch die ironischen Seitenhiebe vorerst ein Ende, den Hauptteil der Legende erzählt Marthaler in einem harmlos konventionellen (Bühnen-)Bild von der Schweiz als beschaulichem Alpenstaat, bewohnt von kreuzbraven, rechtschaffenen Bürgern. Dann kommt, was kommen muss: Der Streit zwischen Talschaften und Habsburgern eskaliert, Wilhelm Tell schießt und trifft, wird verhaftet und wieder befreit, die Eidgenossen triumphieren, und die Prinzessin bekommt ihren Schweizer.

Aber gesungen wird phantastisch und das Zürcher Publikum, das ansonsten eher mit vornehmer Zurückhaltung auffällt, ist merklich hingerissen. Während in der Tonhalle oder beim Ballett auch exzellente Darbietungen mitunter nur laue Beifallsbekundungen ernten, belohnen die Zuschauer beim „Tell“ etliche Arien mit Szenenapplaus.

Und das liegt sicher nicht nur daran, dass mehr junges Volk als sonst die Sitzreihen im Halbrund füllt.

Tell sei mehr als ein Symbol für die Schweiz, sondern habe „eine Art Selbstbewusstsein und Selbstherrlichkeit geprägt, von der wir immer noch stark durchdrungen sind“, so hat Marthaler – der eigentlich nicht auf der Opernbühne, sondern im schweizerischen Unterhaltungsfernsehen zuhause ist – dem Magazin des Opernhauses gegenüber seine Inszenierung erklärt. Das ist, zumindest mit den Augen des zugereisten Ausländers gesehen, eine ziemlich kernige These, aber sie trägt den Abend.

Bevor der Vorhang endgültig fällt, wird auf der Bühne nochmals umgebaut. Das Alpenpanorama weicht einem Bild, das Europa bei Nacht zeigt. Deutlich zeichnen sich Ballungszentren und Küstenregionen als Lichterketten ab. Mitten in dem Lichtermeer liegt die Schweiz, deren Konturen nicht mehr so klar erkennbar sind. Dafür treibt vor der funkelnden Kulisse nun eine Eisscholle mit Schweizer Fähn-

chen über die Bühne. Ein Stück Packeis, im Zuge eines politischen Klimawandels von einer bildhaften Nordpoleiskappe abgerissen? Die Schweiz als eisiges Treibgut im europäischen Meer? Was Marthaler damit gemeint haben mag, haben die Kommentatoren im In- und Ausland nicht zu deuten gewagt.

Den Schlusschor singt das Ensemble aus den Rängen des Zuschauerraums. Marthaler bedient sich damit eines Kunstgriffs, der trotz aller Einfachheit nie seine Wirkung verfehlt. Das Gefühl, als Zuschauer mitten im Geschehen zu sitzen, entwickelt einen emotionalen Sog, dem man sich nur schwer entziehen kann. Und das funktioniert auch hier in Zürich. Der Vorhang fällt, das Publikum tobt, ergriffene Gesichter überall. Minutenlang schwillt der Applaus nicht ab. Der Jubel, der den Solisten zuteil wird, gilt womöglich mehr dem Tell der Legende als dem Sänger auf der Bühne – aber egal. Die Zürcher haben ihre Neuauflage der schweizerischen Gründungslegende. Historie hin oder her.

Impressum

ruprecht, die Heidelberger Studierendenzzeitung, erscheint monatlich (drei Ausgaben) in der Vorlesungszeit. Der ruprecht versteht sich als unabhängige Zeitung, die sich keiner Gruppierung oder Weltanschauung verpflichtet fühlt. Die Redaktion trifft sich während der Vorlesungszeit montags um 20 Uhr im Zentralen Fachschaftenbüro in der Albert-Ueberle-Straße 3-5. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Autoren allein verantwortlich.

Herausgeber: ruprecht e.V.

V.i.S.d.P.: Christoph Straub

Redaktionsadresse: Albert-Ueberle-Straße 3-5, 69120 Heidelberg

Telefon: 06221 / 54 24 58

E-Mail: post@ruprecht.de

Druck: Greiser-Druck, Rastatt

ISSN: 0947-9570

Auflage: 10000

Homepage: www.ruprecht.de

Redaktion: Michael Abschlag (mab), Beate Brehm (bat), Fiona Byrne (fkb), Stefanie Fetz (sfe), Gina Fuhrich (gfu), Jenny Genzmer (jeg), Lisa Grüterich (lgr), Julia Held (jhe), Benjamin Jungbluth (bjü), Annika Kasties (aks), Josie Kerstan (jok), Reinhard Lask (rl), Thomas Leurs (tle), Max Mayer (mma), Simone Mölbert (smo), Xiaolei Mu (xmu), Laura Müller (lam), Michaela Reisdorf (rdf), Helga Rietz (hri), Philine Steeb (phs), Christoph Straub (cjs), Kathrin Wenz (kwe), Anna Wüst (amw)

Korrespondentenbericht: Helga Rietz

Freie Mitarbeiter: Dilara Acik (dia), Christine Buch (tin), Simon Chlosta (sch), Jin Jlussi (jin), Michael Kolain (mko), Corinna Lenz (col), Eileen Passlack (epa), Lily Rowley (etr), Saskia Sturm (ska)

Redaktionsschluss für Ausgabe 150: 9. Januar 2011

Personals

phs@cjs: Es passen nicht alle Redakteure ins Impressum. / cjs@phs: Streich doch einfach ein paar raus. rl@rdf: Kommt man zum Glühweinstand ohne Eintritt zu bezahlen? / jhe@rl: Lauf halt zum Lidl und koch' dir welchen!

rl@xmu: Falls Du mal ein Restaurant im Neuenheimer Feld eröffnen willst, nenn das doch bitte „Chez Mu“.

jok@mab: Weniger reden, wir müssen jetzt los. Nur noch fünf Minuten. Speichern und los! Hopp hopp! / mab@jok: Jaja, ist ja gut. / jok@mab: Die Uhrzeit ändert sich auch nicht, wenn du auf die Uhr schaust!

rdf: Ich finde „Sparmanns Sparprogramm“ als Titelüberschrift gut.

bjü: Sparmann spart spartanisch. xmu@cjs: Wir könnten bei der ruprecht-Farbe dieses blutige Rot umändern, das Julia so mag. / cjs@xmu: Soll ich? Wir sagen dann einfach, dass es Reini oder Lisa waren. Dann ist die Welt wieder in Ordnung.

Der national-sozialistische Völkermord an den Sinti und Roma Ausstellung

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma
Bremeneckgasse 2, 69117 Heidelberg
Di, Mi, Fr 9.30-16.30 Uhr, Do 9.30-20.00 Uhr, Sa, So 11.00-16.00 Uhr
(Mo und an gesetzlichen Feiertagen geschlossen); Eintritt frei
www.sintiundroma.de
Gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Es war einmal in einer Weihnachtsnacht...

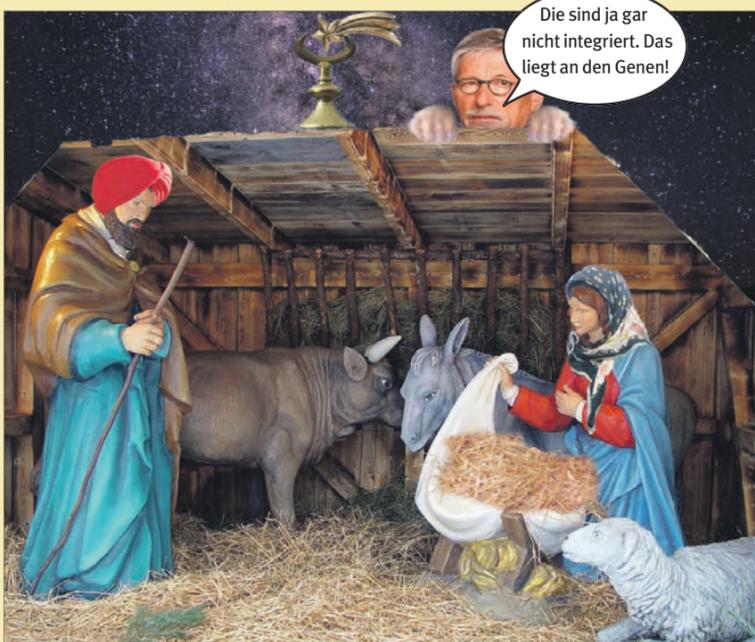


Bachelorstudiengang Weihnachten für Fortgeschrittene		
Erstes und zweites Studienjahr (1. – 4. Semester)		
Basismodul I Weihnachtslieder	Basismodul II Baum schmücken	Basismodul III Geschenke kaufen
Basismodul IV Glühwein trinken	Wahlpflichtbereich Plätzchen backen	
Abschlussjahr (5. – 6. Semester)		
Aufbaumodul I Nikolaus spielen	Wahlpflichtbereich Gottesdienst besuchen	
Aufbaumodul II Gans tranchieren		

*In Heidelberg unterdessen
hat man Weihnachten nicht vergessen,
man hat sogar - wie raffiniert -
einen Studiengang kreiert,
an dem man selbst den Weihnachtsmann
als Abschlussprüfer wählen kann.*

*Stefan Mappus plant verlegen,
auch in Heidelberg tiefer zu legen,
den Weihnachtsmarkt und das Schloss;
was Schlichter Geißler sehr verdross.*

*Weshalb er ihn ganz ungeniert,
aus Heidelberg herausbugsiert,
er solle nach Afghanistan gehen,
seitdem ward er nicht mehr gesehen.*



*Der Muslime größter Wille
ist ein schöner Raum der Stille;
doch wie lange sie auch hofften und harten,
der Messias lässt weiter auf sich warten.*

*Die Dinkler sind Linda ein Graus,
deshalb starb der Nikolaus,
dann wurde er (durchaus gewollt)
von der Sehmmaschine überrollt.*



*Weihnachten feierte man früh
auch bei SZ vor Mexiko,
es war ein wahrer Weihnachtstraum
doch dann entzündete man den Baum
der kurz darauf versehentlich fiel
in ein defektes Öbrentil.
Schon bald brannte alles lichtertoh und
keiner war mehr wirklich froh.*



*Und zuletzt, denn dann ist Schicht
von Wikileaks noch dies Gedicht.
Wir enthüllen weiter, wenn man uns lässt
und wünschen euch ein Frohes Fest!*

*Frohe Weihnacht und für dies Jahr ade,
wünschen euch jok, mab und lle.*